

**Wahlkämpfe und Parteientwicklung.
Zur Bedeutung der Reichstagswahlen für die Formierung
der Sozialdemokratie zur politischen Massenpartei
(Sachsen 1867-1881) ***

Der angesprochene Zeitraum von 1867 bis 1878 umspannt den Aufstieg und die Profilierung der deutschen Sozialdemokratie zu einer gesellschaftlichen Kraft, mit der alle anderen Kräfte, ob sie dies wollten oder nicht, zu rechnen hatten. Dabei war – in einem weitaus umfangreicheren Beziehungsgeflecht von Wirkungsfaktoren – die Beteiligung der aufstrebenden Arbeiterbewegung an den Wahlkämpfen, und zwar insbesondere für den Berliner Reichstag, ein wesentliches Element, das diese Entwicklung vorantrieb. Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich demgemäß – unter Aussparung der Parlamentsproblematik¹ – mit einem speziellen Sektor, der indessen für die gesamte Parteientwicklung große Bedeutung besaß.

Dabei gehen wir davon aus, daß die verschiedenartigen Organisationsansätze der proletarischen Emanzipationsbewegung – Geheimbünde, Bund der Kommunisten, Arbeiterverbrüderung, I. Internationale mit ihren sozial und organisatorisch unterschiedlichen Elementen, Trade Unions, Arbeiterkammern, Unterstützungsvereinigungen der verschiedensten Art und gewerkschaftliche Berufsorganisationen, Lassalles Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein usw. – noch experimentellen Charakter hatten: Die Arbeiterbewegung befand sich in Theorie und Praxis noch auf der Suche nach der effektivsten Organisationsform, wobei auf den Parteibildungsprozeß die unterschiedlichsten Faktoren einwirkten. Die Wahlkämpfe trugen dazu bei, daß die selbständige politische Arbeiterpartei sozialistischen Charakters zur

* Der Beitrag wurde am 18. 11. 1996 im Kolloquium „Sozialstrukturen und soziale Bewegungen“ zur Diskussion gestellt und für den Druck überarbeitet.

¹ Elfi Pracht, Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie 1867-1914, Pfaffenweiler 1990.

Repräsentanz der gesamten Arbeiterbewegung oder gar der Arbeiterklasse aufzusteigen vermochte.

I. *Wirtschaftliche, ökonomisch-soziale und politische Aspekte der Neuformierung der Arbeiterbewegung in Sachsen*

Sachsen war im Norddeutschen Bund von 1867 nach Preußen (rund 24 Mio. Einwohner) der zweitgrößte, im Deutschen Reich von 1871 nach Preußen und Bayern der drittgrößte Einzelstaat, jedoch mit einer Bevölkerung von etwa 2,5 Mio. nur eine verschwindende Größe. Es war in nur 23 Wahlkreise (mit jeweils durchschnittlich 100.000 Einwohnern, davon rund 20.000 Stimmberechtigte) eingeteilt und stellte demgemäß lediglich 23 der 297 Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages (bzw. der 397 Mitglieder des Deutschen Reichstages). Dementsprechend gering war der politische Einfluß, der von Sachsen auf die Entwicklung des Norddeutschen Bundes ausgehen konnte, zumal das Königreich als besiegter und von Preußen militärisch besetzter Staat in den Norddeutschen Bund integriert wurde.

Wenn die sächsische Entwicklung dennoch ein besonderes Interesse beanspruchen kann, so aus dem Grunde, weil es sich damals um das industriell am weitesten fortgeschrittene Gebiet Deutschlands handelte – von 1,3 Mio. Erwerbstätigen arbeiteten 1871 nur knapp 20 Prozent in der Landwirtschaft, aber nahezu 50 Prozent in Industrie und Gewerbe – und weil Sachsen auf dieser Basis eines der traditionell wichtigsten Zentren der deutschen Arbeiterbewegung darstellte, das weit über die Grenzen Sachsens hinauswirkte und auf die gesamte weitere Entwicklung prägenden Einfluß nahm.

Hartmut Zwahr hat die ökonomische, soziale und schließlich politisch-ideologische Konstituierung der Arbeiterklasse durch Untersuchung ihrer Infrastruktur am Modellfall Leipzigs beispielgebend analysiert.² Wir möchten nur auf zwei Ebenen sozialer Spannungszonen hinweisen, die die kapitalistische Entwicklung in Sachsen aufbrechen ließ:

² Hartmut Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin 1978.

Einmal zwischen der herkömmlichen „kleinen Warenproduktion“ einschließlich des dezentralisierten Verlagswesens einerseits und andererseits der fabrikmäßigen Produktionsweise, deren Vorreiter die Textilindustrie war, die eine immense Zahl hausindustrieller Weber und Wirker ins Abseits und damit in namenloses Elend drängte. In der Textilindustrie (einschließlich Hausindustrie) war 1875 mit über 200.000 Personen fast genau ein Drittel aller industriellen bzw. gewerblichen ArbeiterInnen (incl. Handel und Verkehr) beschäftigt, mit Einschluß des Gewerbezweiges Bekleidung/Reinigung sogar rund 45 Prozent.³ Kaum in der Arbeiterschaft der Textilfabriken mit ihrem hohen Anteil an weiblichen Arbeitskräften – ebenfalls ein Spezifikum der sächsischen Entwicklung –, wohl aber unter den im aufreibenden Todeskampf gegen die Fabrikproduktion unterliegenden hausindustriellen Kleinmeistern vor allem im Erzgebirgsvorland gewann die sozialistische Arbeiterbewegung eine Basis: Deren Hoffnung knüpfte sich an eine Überwindung des großkapitalistischen Wirtschaftssystems.

Zum anderen spitzte sich innerhalb der modernen kapitalistischen Produktionsweise der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu. Ein erster Ausdruck dafür war der langwierige und zäh geführte Streik von rund 500 Leipziger Buchdruckern im Frühjahr 1865, der das Spannungsfeld zwischen den sozialen Interessen der Arbeiterschaft und der liberalen Bourgeoisie aufriß, die sich ihrerseits im Widerstreit mit der konservativen Staatsführung in Sachsen befand.⁴ Der Leipziger Buchdruckerstreik wurde zum entscheidenden

³ Die Textilindustrie war in derartigem Maße Synonym für die Fabrikindustrie überhaupt, daß die unter maßgebendem Einfluß Julius Mottelers im Mai 1869 auf einem Kongreß in Leipzig gegründete Textilarbeitergewerkschaft unter dem Namen „Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts“ ins Leben trat.

⁴ In dem aufsehenerregenden Streik versuchte Bebel namens des Ständischen Ausschusses des Verbandstages der deutschen Arbeitervereine – er wurde binnen 6 Wochen aus der Taufe gehoben, nachdem Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als selbständige Arbeitervereinigung gegründet hatte, während vordem alle diesbezüglichen Bestrebungen von liberaler Seite verhindert worden waren – zu vermitteln. Seitens der streikenden Arbeiter wurde das als Dolchstoß in den Rücken empfunden. Die Divergenzen zwischen der Buchdruckergewerkschaft und dem Arbeiterbildungsverein konnte seinerzeit Wilhelm Liebknecht überbrücken. Sie waren aber symptomatisch für divergierende ökonomisch-soziale und politische Orientierungen innerhalb der sich entwickelnden Arbeiterbewegung.

den Impuls für die Gründung des (zunächst noch locker gefügten) Verbandes der deutschen Buchdrucker (Mai 1866 in Leipzig), nachdem bereits zuvor unter Leitung von Friedrich Wilhelm Fritzsche die Konstituierung des Deutschen Cigarrenarbeiterverbandes (Dezember 1865 in Leipzig) erfolgt war.⁵ Als Bahnbrecher zentraler Gewerkschaftsorganisationen gingen in Deutschland zwei ganz unterschiedliche Berufsgruppen voran – hochqualifizierte Buchdrucker und zumeist nur angelernte Tabakarbeiter –, und beide waren bereits in der Revolutionszeit von 1848/49 zu analogen Zusammenschlüssen gelangt. Den Boden für die Buchdruckerorganisation hatten der seit 1863 in Leipzig herausgegebene „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ unter Redaktion von Richard Härtel vorbereitet, der die Verbindung zwischen den die Reaktionszeit gleichsam als letzte Verteidigungslinie überdauernden sozialen Unterstützungsorganisationen fester knüpfte, sowie vor allem die umfangreiche Solidaritätsbewegung zugunsten der Leipziger Streikenden.⁶ Bei den Tabakarbeitern war es namentlich die Wanderunterstützung, die auch über die Reaktionszeit überlokale Verbindungen aufrechterhielt und sowohl die Verbandsgründung als auch den von Fritzsche zuerst in Leipzig redigierten „Botschafter“ ermöglichte. Daß beide Verbände in Leipzig gegründet wurden und hier einen Zentralpunkt hatten, ist ein Hinweis auf das Weiterwirken der Traditionen der „Arbeiterverbrüderung“, deren Zentralkomitee in Leipzig domiziliert gewesen war.⁷

⁵ Ulrich Engelhardt, „Nur vereinigt sind wir stark“. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70, Stuttgart 1977, S. 141 ff., 265 ff.; Willy Albrecht, Fachverein – Berufsverein – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870-1890, Bonn 1982, S. 33 ff.

⁶ Gerhard Beier, Schwarze Kunst und Klassenkampf. Geschichte der Industriegewerkschaft Druck und Papier und ihrer Vorläufer seit Beginn der modernen Arbeiterbewegung, Bd. 1: Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein, Frankfurt a.M. 1966, S. 346 ff., 376 ff.

⁷ Horst Schlechte, Die Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung 1848-1850. Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig, Weimar 1979; Die Verbrüderung, Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter, Redigiert von Stefan Born, Franz Schwenninger, Karl Gangloff, Jg. 1 – 3 (3. Oktober 1848 – 29. Juni 1850), Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung von Rolf Weber, Leipzig 1975.

Nur scheinbar liegt die „Gewerkschaftsproblematik“ jenseits unserer Thematik. Damit soll konstatiert werden, daß quantitative und qualitative Veränderungen in bezug auf die ökonomisch-soziale Artikulierung der Arbeiterklasse im Gange waren, die am sichtbarsten in den beiden angeführten Gewerkschaftsgründungen zum Ausdruck kamen, aber auf einem breiteren Untergrund basierten.⁸ Sie waren teils Resultat, teils Vorboten eines offenen Aufbrechens ökonomisch-sozialer Konflikte, die am deutlichsten der Leipziger Buchdruckerstreik von 1865 signalisierte. Sie zogen zunehmend weitere Berufsgruppen – frühzeitig auch die sächsischen Bergarbeiter – in den gewerkschaftlichen Organisationsprozeß hinein.

Generell war dieser Aufschwung im ökonomisch-sozialen Bereich eine entscheidende Komponente im gesamten Formierungsprozeß der Arbeiterbewegung, und zwar nicht nur Begleitprozeß, sondern – indem die elementare Arbeiterbewegung kräftiger pulsierte und zudem darüber hinaus zu überlokalen Organisationsbildungen zu gelangen begann – zugleich wichtige Basis für die politische Konstituierung der Arbeiterbewegung. Und gerade diese Korrespondenz von ökonomisch-sozialer Bewegung und politischem Aufbruch war von grundlegender Bedeutung für die politische Formierung der Arbeiterbewegung.⁹

⁸ Ein nicht-sächsisches Beispiel erhellt die Problematik am eindringlichsten: Selbst in Berlin fanden in der finstersten Reaktionszeit – und entsprechend mißtrauisch von der „Obrigkeit“ beobachtet – in den 50er Jahren Gesellenversammlungen mit vielen hundert Teilnehmern statt, die in umständlicher Prozedur z.B. den Altgesellen der Schneider wählten. Dazu wurde seit Ende der 50er Jahre immer wieder August Reimann erkoren, der allein durch die Wahlprozedur großen Einfluß (auch in der Vereinigung der Berliner Altgesellen der verschiedenen Berufe) hatte. Manchmal konnte er nicht auf die Straße gehen, weil er, der Schneider, keine Hose hatte – die war aufs Pfandhaus gewandert. Reimann legte Mitte der 60er Jahre seine Funktion als Altgeselle nieder, um sich ganz dem Aufbau einer lokalen Gewerkschaftsorganisation der Schneider zu widmen. Er wurde Mitglied der I. Internationale, organisierte erfolgreich Sammlungen für streikende Schneider in London und Genf, bemühte sich um den Aufbau der deutschen Schneidergewerkschaft und wirkte, schon todkrank, als einer der Pioniere der „Eisenacher“ Partei auf dem schwierigen Berliner Pflaster. August Reimann, der die Revolution von 1848/49 bewußt erlebt und sie gleichsam verinnerlicht hatte, personifizierte den Übergang von den „zünftlerischen“ zu den „modernerem“ proletarischen Verbindungen.

⁹ Zur Rolle der Gewerkschaftsproblematik vgl. Ursula Herrmann, Der Kampf von Karl Marx um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik in der I. Internationale 1864 bis 1868, Berlin 1968; Werner Ettelt/Hans-Dieter Krause, Der Kampf um eine marxistische Ge-

Allerdings erfaßte die gewerkschaftliche Bewegung – wie die politische – nur eine kleine Minorität, die indessen als Kristallisations- und Orientierungspunkt wirkte. Indem sie sich im speziellen Rahmen von Berufszusammenschlüssen vollzog, barg die ökonomisch-soziale Bewegung, so sehr sie insgesamt Ausdruck für den allgemeinen Aufschwung der Arbeiterbewegung war, zugleich zentrifugale Tendenzen einer Abgrenzung nach Berufszugehörigkeit oder Qualifikationsgrad oder auch Divergenzen in sich, die aus unterschiedlichen lokalen Bedingungen (z.B. Großstadt – Kleinstadt) entsprangen.

Was nun die politische Verselbständigung der Arbeiterbewegung betrifft, die – wir heben hervor: erstmals nach der Reaktionszeit im internationalen Maßstab – mit der in Leipzig vollzogenen Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) durch Ferdinand Lassalle im Mai 1863 erreicht wurde,¹⁰ so bestand das Problem darin, eine von der Bourgeoisie in allen ihren politischen Schattierungen unabhängige und eigenständige Arbeiterbewegung mit alternativer gesellschaftspolitischer Zielstellung und radikalem politischen Aktionsradius auf legaler, also nicht konspirativer Basis zu schaffen. Dem entsprachen die beiden von Lassalle entwickelten Hauptforderungen, die dem Privatkapitalismus die Alternative der genossenschaftlichen Produktion entgegensetzten und dem oligarchischen Herrschaftssystem mit dem Kampf für ein demokratisches Wahlrecht beizukommen suchten, was (gerichtet gegen tradeunionistische Selbstbeschränkung) auf eine Politisierung der Arbeitermassen abzielte.

In diese Richtung entwickelte sich in einem längeren Prozeß auch der im Februar 1861 im Rahmen der Polytechnischen Gesellschaft gegründete Leipziger Arbeiterbildungsverein unter Leitung August Bebel¹¹ und maß-

werkschaftspolitik in der deutschen Arbeiterbewegung 1868 bis 1878, Berlin 1975; Wolfgang Schröder, Partei und Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung in der Konzeption der revolutionären Sozialdemokratie 1868/69 bis 1893, Berlin 1975.

¹⁰ Slomo Na'aman, Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63. Darstellung und Dokumentation, Assen 1975.

¹¹ August Bebel, Aus meinem Leben, Berlin 1983 (= August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 6), S. 41 ff. gibt eine eindrucksvolle Darstellung des gesamten Entwicklungsprozesses.

geblicher Einwirkung Wilhelm Liebknechts, der im Sommer 1865 hier endlich den Aktionsboden fand, um den er – bis zu seiner Ausweisung aus Berlin und dem preußischen Staatsgebiet – drei Jahre lang in Preußens Hauptstadt mühsam gerungen hatte. Sein Einfluß beschleunigte Bebels „Mause- rung“ zum Sozialisten und brachte ihn mit der 1864 entstandenen I. Internationale und mit Marx und Engels in Verbindung.¹²

Der Leipziger Arbeiterbildungsverein war zugleich Vorort (Leitverein) der sächsischen Arbeiter(bildungs)vereine, die eine Art Gauverband mit insgesamt 4.579 Mitgliedern bildeten. Angeschlossen waren 29 Lokalorganisations- en mit 5 Sparkassen und 2 Vorschußvereinen, 5 Konsumvereine und 1 Konsumbäckerei, 4 Kranken-, 2 Invaliden- und 2 Begräbniskassen sowie eine Weberassoziati- on.¹³ Die Aufzählung läßt die Heterogenität der sächsi- schen Arbeitervereine erkennen, die innerhalb des Vereinstages deutscher Arbeitervereine immerhin die vergleichsweise stärkste und fortgeschrittenste Kraft darstellten. Diese Verschiedenheit schlug sich auch in der regionalen Verbreitung nieder: Allein 11 dieser 29 Vereine waren im Glauchau-Meerane- ner Gebiet angesiedelt.¹⁴

¹² Ursula Herrmann/Volker Emrich u.a., August Bebel. Eine Biographie, S. 26 ff.; Leipzi- ger Bebel-Dokumente, Leipzig 1972; Wolfgang Schröder, Wilhelm Liebknecht und die „Mitteldeutsche Volks-Zeitung“. Zur Rolle der Leipziger Arbeiterbewegung und ihrem Verhältnis zur I. Internatinalne im Krisenjahr 1866, in: Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 131 ff.

¹³ Bericht von Moritz Germann über die Tätigkeit der Arbeitervereine in Sachsen im Jahre 1864, in: „Allgemeine deutsche Arbeiterzeitung“ (Coburg) vom 30. 7. 1865. Franz Meh- ring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil, Berlin 1960, S. 229.

¹⁴ Arbeitervereine im Gebiet Glauchau-Meerane (Ort/Verein/Vorsitzender/Mitglieder):

St. Egidien	Arbeiterleseverein	Musiker A. Breitfeld	19
Glauchau	Gewerbeverein	Chemiker B. Kuhn	330
Glauchau	Arbeiterleseverein	Schneider E.Barth	150
Lichtenstein	Leseverein	Webermstr. C. F. Kälz	28
Lichtenstein-Callnberg	Leseverein	Buchbinder E. Werner	25
Mülsen St. Niclas	Lese- u. Bildungsverein	Webermstr. B. Wagner	25
Mülsen St. Niclas	Arbeiterleseverein	Strumpfwirker A. F. Barth	16
Mülsen St. Niclas	Leseverein I	Webermstr. C. Meyer	27
Mülsen St. Niclas	Leseverein II	Ziegelmeister C. Kähler	22
Neudörfel b. Lichtenst.	Männer-Leseverein	Mühlenbesitzer T. Reichelt	39
Thurm	Arbeiterverein	Strumpfwirker C. G. Flechsig	238

Für 1865/1867 sind folgende Vereine in Sachsen nachgewiesen:

Sächsische Arbeitervereine 1865/1867¹⁵

Dresden	Arbeiterbildungsverein	Partikulier Hamann	173
Frankenberg	Arbeiterverein	Webermeister F. Pilz	120
Glauchau	Bildungsverein	–	264
Leipzig	Arbeiterbildungsverein	Drechslermstr. A. Bebel	410
Leipzig	Maurergesellen- Fortbildungsv.	Maurerpolier Beeger	58
Leipzig	Maurer-Kranken- u. Begräbnisk.	Maurer C. Jahn	1827
Leipzig	Zimmergesellenfortbildungsv.	Zimmerpolier F. Pötzsch	30
Lichtenstein	Arbeiterbildungsverein	Buchbinder E. Werner	25
Löbau	Arbeiterverein	Tischlermstr. K. Leunber	60
Mülsen St. Niclas	Männer-Lese-Verein	Webermstr. C. Schmiedel	11
Mülsen St. Jacob	Lese- und Bildungsverein	Webermstr. B. Wagner	25
Crimmitschau	Arbeiterbildungsverein	–	–
Leipzig	Verein Bauhütte	–	–
Thum	Arbeiterverein	Strumpffabrikant F. Ungethüm	120
Zwickau	Arbeiterbildungsverein	Buchhalter G. Kraft	420
Zwickau	Fortbildungsverein für Gewerbetreibende	Faktor F. Esche	80
Zwickau	Bergknappenverein	Bergknappe C. Liebscher	–

Bis 1866 entstanden ferner:

Mülsen St. Micheln	Arbeiterfortbildungsverein	(1864)
Glauchau	Konsumverein „Abendstern“	(1864)
Mülsen St. Jacob	Arbeiterv. mit Konsum, Sparkasse u. Weberassoziation	(1865)
Waldenburg	Konsumverein „Assoziation“	(1866)

In Waldenburg bestand bereits seit 1858 eine Schuhmacher-Assoziation. Analoge berufliche Zusammenschlüsse im lokalen Rahmen dürfte es ebenfalls in einer ganzen Anzahl weiterer Orte gegeben haben. So bildeten u.a. die Porzellanarbeiter in Colditz um 1858 einen Unterstützungsverein. Günter Benser, Zur Herausbildung der Eisenacher Partei, Eine Untersuchung über die Entwicklung der Arbeiterbewegung im sächsischen Textil-industriegebiet Glauchau-Meerane, Berlin 1956, S. 39.

¹⁵ Ilse Fischer, August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68. Brief-tagebuch und Dokumente, Bonn 1994, S. 333 ff. Die 1865 angelegte Liste umfaßt lediglich jene Vereine, die einen versandten Fragebogen retournierten und Beiträge abgeführt hatten. Einzelne spätere Nachträge ergänzten diese Übersicht.

Aus der unterschiedlichen Gestalt und verschiedenartigen Wirkungsrichtung läßt sich auf ein heterogenes Niveau der sächsischen Arbeitervereine schließen. Sie waren aus unmittelbaren beruflichen oder lokalen Bedürfnissen entstanden, denen sie dienten. Naturgemäß lediglich einen winzigen Bruchteil der potentiellen Mitglieder umfassend, blieben sie weitgehend in den örtlichen Bezugsrahmen eingebunden.

In dieser Vielfältigkeit ihrer Erscheinungsformen wurde die auflebende Arbeiterbewegung durch Bismarcks „Revolution von oben“ weit über das „normale Maß“ hinaus mit weitreichenden gesellschafts- und nationalpolitischen Entscheidungen konfrontiert. Es waren mehrere Massenversammlungen bis zu 6.000 Teilnehmern, mit denen die demokratische und Arbeiterbewegung im Vorfeld des preußisch-österreichischen Krieges im Mai 1866 insbesondere in Leipzig und Dresden, aber auch z. B. in Chemnitz (mit Wilhelm Liebknecht), gegen die nationalliberale Forderung nach Abrüstung, Neutralität und Einverleibung Sachsens in Preußen Front gemacht, Preußen als Friedensbrecher angeprangert, den Bruderkrieg und die angestrebte Ausgliederung Österreichs als Zerreißung Deutschlands verurteilt und eine Volksbewaffnung gefordert hatte.

Das uneingeschränkte Bekenntnis zum Nationalstaat unter preußischer Vorherrschaft führte die nationalliberale Richtung in Sachsen in die politische Isolierung.¹⁶ Als „Annexionisten“ verteufelt, wurde sie sowohl von den herrschenden konservativen Kräften als Hauptfeind (der Existenz Sachsens) angegriffen, als auch seitens des linksliberalen bzw. demokratischen Lagers als Parteigängerin des prononciert antidemokratischen preußischen Militärstaates bekämpft, der unter dem „Kartätschenprinzen“ und

¹⁶ Vorwiegend aus wirtschaftlichen Interessen – seit 1815 lag Leipzig am Rande des nord-westlichen Grenzgebietes zu Preußen, und die Handelsmetropole bedurfte des jenseitigen Marktes –, aber auch aus politischen Vorbehalten gegen die starre konservative Staatspitze in Dresden waren die nationalliberale Gruppierung und das von ihr beherrschte Leipziger Stadtregiment im Vorfeld des preußisch-österreichischen Krieges für die Neutralität und Abrüstung Sachsens, dann für ein Aufgehen Sachsens in Preußen eingetreten. Zur Genesis vgl. Hartmut Zwahr, Zur Klassenkonstituierung der deutschen Bourgeoisie, in: Jahrbuch für Geschichte 18 (1978), S. 21 ff.

zunehmenden preußischen König Wilhelm I. die demokratische Einigungsbewegung 1849 blutig unterdrückt hatte.

Als das Königreich Sachsen infolge der „Katastrophe von Königsgrätz“, der an der Seite Österreichs erlittenen Niederlage im preußisch-österreichischen Krieg von 1866, gezwungenermaßen in den Norddeutschen Bund integriert wurde und zudem auch nach dem Friedensvertrag vom Oktober 1866 – es war der letzte Friedensvertrag, den Preußen mit seinen Gegnern von 1866 abschloß – weiterhin von preußischen Truppen besetzt blieb,¹⁷ erhielten die ohnehin starken antipreußischen Ressentiments – 1815 hatte Sachsen fast zwei Drittel seines Territoriums mit den Kerngebieten um Torgau und Wittenberg und rund die Hälfte der Bevölkerung an Preußen verloren – zusätzlichen Auftrieb. Dieser spezifisch sächsische Partikularismus war nicht nur getragen von den herrschenden konservativen Kreisen der Hofgesellschaft und des Beamtentums, deren Machtstellung direkt mit dem Königshaus verbunden war, sondern auch in der breiten Bevölkerungsmehrheit lebendig.¹⁸ Auch dies wirkte auf die Arbeitervereine zurück. Von Haus aus von urwüchsig demokratischen Positionen her antipreußisch-antimilitaristisch eingestellt, waren sie politisch mit der bürgerlich-demokratischen bzw. linksliberalen Richtung verbunden, die für den Föderalismus – und das hieß, auf Sachsen angewandt, zunächst Partikularismus – eintrat.

Wenn allerdings der auf konservativem Boden wurzelnde spezifisch sächsische Partikularismus auf die ungeschmälerte Erhaltung des dynastischen Einzelstaates in Abwehrhaltung gegenüber einem Nationalstaat abzielte, so stand dem an 1848/49 orientierten demokratischen Lager ein demokratischer großdeutscher Nationalstaat vor Augen. Die Revolution von 1848/49 lag anderthalb Jahrzehnte zurück, und sie war, trotz ihrer Niederlage, für jede politische Bewegung ein zentraler Orientierungspunkt, vermittelte sie doch handgreiflich das Bewußtsein, daß die gegebenen Herrschaftsstrukturen

¹⁷ Erst 1869 wurden die preußischen Truppen aus Leipzig und Dresden, 1871 die preußische Besatzung der Festung Königsstein abgezogen.

¹⁸ Diese antipreußisch-partikularistische Einstellung schlug sich nieder in Treuebekanntnissen zu dem „angestammten Herrscherhaus“, die sich im Ende Oktober 1866 in enthusiastischen Kundgebungen bei der Rückkehr König Johanns aus Schönbrunn nach Dresden manifestierten.

nicht den Ewigkeitswert besaßen, den ihre Träger und Nutznießer ihr andichteten. Die Ehrfurcht, mit der der junge Bebel vom „Verbrechertisch“, dem Stammtisch im Leipziger Lokal zur „Guten Quelle“, berichtete, wo diejenigen Platz nahmen, die wenigstens ein paar Jahre im Zuchthaus Waldheim überstanden hatten, spricht Bände.¹⁹

Diese Kontinuität sparte übrigens auch die Parlamentsproblematik nicht aus. Die „Reichsverfassungskampagne“ – Kampf um die Durchsetzung der vom gewählten Nationalparlament beschlossenen deutschen Reichsverfassung gegen die widerstrebenden Dynastien – bildete einen zentralen Traditionspfeiler und wertete aus dieser Sicht die Frankfurter Nationalversammlung im linken politischen Spektrum auf. In der Endphase der Frankfurter Nationalversammlung rückte Wilhelm („Lupus“) Wolff, als stellvertretender Abgeordneter gewählt, zum Mitglied mit vollem Mandat auf – der erste „Parlamentarier“ aus dem Kreise um Marx.²⁰ Und es war eine wesentlich von sächsischen Kundgebungen getragene außerparlamentarische Protestbewegung, die, neben parlamentstaktischen Erwägungen, die Nationalversammlung schließlich doch veranlaßte, in dem am 27. März 1849 beschlossenen Wahlgesetz nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, durch die Voraussetzung der „Selbständigkeit“ die arbeitende Bevölkerung vom Wahlrecht auszuschließen, sondern das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für männliche Staatsbürger ab vollendetem 25. Lebensjahr zu proklamieren.²¹ Das Reichstagswahlrecht, das Bismarck mit Rückgriff auf dieses Wahlgesetz der Nationalversammlung von 1849 oktroyierte, war nicht zuletzt durch außerparlamentarischen Druck von unten zustande gekommen.

In Sachsen kam hinzu, daß das allgemeine Wahlrecht für den Landtag nicht nur per Gesetz vom 15. November 1848 mit des Königs Unterschrift fixiert, sondern bereits (im Unterschied zur Nationalversammlung) in der Praxis angewandt worden war. Doch die so gewählte Volksvertretung wurde

¹⁹ Rolf Weber, Die Revolution in Sachsen 1848/49. Entwicklung und Analyse ihrer Triebkräfte, Berlin 1970.

²⁰ Walter Schmidt, Wilhelm Wolff. Kampfgefährte und Freund von Marx und Engels 1846-1864, Bd. 2, Berlin 1979, S. 223 ff.

²¹ Pracht, Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie, S. 9 ff.

Anfang Juni 1850 einschließlich des allgemeinen Wahlrechts per Staatsstreich beseitigt und die schon abgeschaffte Ständeversammlung sogar in alter personeller Besetzung²² reaktiviert. Damit war der liberalen Bourgeoisie die fast schon erreicht geglaubte parlamentarische politische Mitbestimmung entrissen worden. Mit Recht stellte seitdem die liberale und demokratische Opposition die Legitimität („Rechtsbeständigkeit“) der Ständeversammlung infrage; die Wiederherstellung des 1848 per Gesetz für das Landesparlament eingeführten allgemeinen Wahlrechts und einer auf dieser Basis beruhenden Volksvertretung bildete seitdem eine zentrale Konfliktzone zwischen der bürgerlichen Opposition und der konservativen Staatsführung.²³

Mitte der 60er Jahre überlagerten und potenzierten sich die aus der Konfliktzone Kapital – Arbeit entspringende ökonomisch-soziale Bewegung und die von der radikalen Demokratie ausgehende politische Profilierung der proletarischen Emanzipationsbestrebungen. Es war gleichsam – auch was die organisatorische Ausbildung anbelangt – „alles im Fluß“, und zwar in bezug auf die politische Positionsbestimmung umso mehr, als eine revolutionäre Situation bestand, die grundlegende Veränderungen in sich barg – nur handelte es sich um eine „Revolution von oben“, und das Zepter schwang Bismarck.

²² Abzüglich der „gestandrechtelten“, inhaftierten oder emigrierten Mitglieder und derjenigen „renitenten“ Abgeordneten, die sich einem Wiedereintritt in die alte Ständeversammlung widersetzen und, abgesehen von weiteren Repressalien, ihr Wahlrecht verloren.

²³ Es dürfte in der Parlamentsgeschichte überaus selten vorgekommen sein, daß – wie es beim Zusammentritt der II. sächsischen Kammer im November 1866 geschah – über ein Viertel der Abgeordneten die Rechtsbeständigkeit der Landesvertretung bestritten und die sofortige Auflösung des Landtages sowie umgehende Neuwahlen nach dem Gesetz vom 15. 11. 1848 verlangten. Die diese Aktion begleitende außerparlamentarische Versammlungs- und Petitionsbewegung nahm im Herbst 1868 (als ein neues Wahlgesetz für die II. Kammer in Aussicht stand) weit umfassendere Dimensionen an. Stärker als zuvor trat dabei auch die Arbeiterbewegung neben der demokratischen bzw. linksliberalen Strömung hervor.

II. Lassalleaner und „Bebel-Liebknichtsche Richtung“: *Entschluß zur Wahlbeteiligung*

Daß ausgerechnet Bismarck, der rücksichtslose Konfliktminister, mit dem bekannten Bundesreformenantrag vom 9. April 1866 mit dem Vorschlag eines durch allgemeine, gleiche und direkte Wahlen zu bildenden deutschen Parlaments auf geheiligte Traditionen der 1848er Revolution zurückgriff, wurde gerade im weitgefächerten linken Lager als Perfidie angesehen und mit Hohn und Skepsis aufgenommen. Als Mittel der „Revolution von oben“ war dieser Rückgriff Bismarcks vielschichtig angelegt: Einerseits sollten dadurch das Nationalgefühl gestärkt und die Integration des „gemeinen Mannes“ in den größeren Nationalstaat bewirkt werden, wobei Bismarck nach bonapartistischem Rezept namentlich auf die Landbevölkerung Ostelbiens als konservative Massenbasis rechnete. Andererseits sollte es als Druckmittel gegen die widerspenstigen einzelstaatlichen Dynastien wirken, die nur gezwungenermaßen und widerwillig ihre Souveränitätsrechte preisgaben. Vor allem sollte das liberale Bürgertum durch die symbolträchtige Verknüpfung mit der nationalstaatlichen Komponente der bürgerlichen Revolution von 1848/49 gewonnen und zugleich von unten her unter Druck gesetzt werden mit dem Ziel, es aus der Opposition heraus in das Fahrwasser Bismarcks zu treiben.²⁴

Von vornherein waren diese Parlamentswahlen für alle politischen Strömungen insofern eine neuartige Herausforderung, als sie sich dem „Kopfwahlprinzip“ zu stellen und Massen von Wählern für sich zu mobilisieren hatten. Jede der politischen Bewegungen – das konservative Lager ebenso wie das liberale und die Arbeiterbewegung – mußte diese Herausforderung annehmen, aber von unterschiedlichen Ausgangspositionen aus.

²⁴ Zur Funktion des allgemeinen Wahlrechts in Bismarcks Konzeption vgl. Klaus Erich Pollmann, *Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867 – 1870*, Düsseldorf 1985, S. 66 ff.

Die Konservativen konnten sich auf den Rückhalt des Staatsapparates stützen und verfügten damit über einen weiten logistischen Vorsprung, mußten aber aus den elitären Zirkeln der „gehobenen Gesellschaft“ heraustreten.²⁵

Die liberalen Kontrahenten hatten zwar in Sachsen keine festgefügte und weitverzweigte Organisation, aber sie waren den Konservativen durch ihre Presse überlegen,²⁶ vermochten die zur Wahlagitation notwendigen Gelder relativ problemlos aufzubringen und verfügten über profilierte Persönlichkeiten. Hauptvertreter des linksliberalen bzw. demokratischen Flügels wie Heubner, Schaffrath, Mammen und Wigard waren direkt oder indirekt mit der Frankfurter Nationalversammlung oder dem Vorparlament verbunden und als „Volksmänner“ äußerst populär.

Die Arbeiterbewegung, überdies noch gespalten in die Lassalleanische und „Bebel-Liebknechtsche Richtung“, hatte nichts von alledem, weder seit Jahren bekannte Autoritäten, noch eine Presse (mit Ausnahme des „Socialdemokrat“ Schweitzers), noch Geld (mit Ausnahme der Schatulle der Gräfin Hatzfeldt), noch eine flächendeckende Organisation. Sie hatte in Sachsen bestenfalls einige Dutzend lokaler Stützpunkte und nur wenige tausend eingeschriebene Mitglieder: Sie war erst dabei, in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen. Und mußte nunmehr in kürzester Frist einen entscheidenden Teil der jeweils rund 20.000 potentiellen Wähler eines Wahlkreis erreichen, für den Gang zur Wahlurne mobilisieren und zur Wahl eines Arbeiterkandidaten veranlassen. Dies verlangte die Mobilisierung aller Kräfte für die „Wahlschlacht“.

²⁵ Es war ein Novum, daß staatliche Funktionsträger der mittleren Verwaltungsebene (Kreisdirektor, Amtshauptmann), Rittergutsbesitzer und auch Kammerherren ihre Kandidatur von Zusammenkünften von Gemeindevorständen beschließen und proklamieren ließen. Zu Volksversammlungen stiegen sie allerdings nicht oder nur höchst selten hinab.

²⁶ Die wichtigsten Zeitungen – wie Biedermanns „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das „Leipziger Tageblatt“, die Dresdner „Constitutionelle Zeitung“, die „Dresdner Nachrichten“ (mit der Spitzenaufgabe von 40.000 Exemplaren) oder die „Sächsische Dorfzeitung“ – waren fest in liberaler Hand. Von den beiden offiziellen Regierungsblättern – dem „Dresdner Journal“ und der „Leipziger Zeitung“ – besaß nur die „Leipziger Zeitung“ mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren eine größere Verbreitung. Die immer wieder neu unternommenen Versuche zur Gründung eines konservativen Parteiorgans erforderten immense Subventionen und scheiterten deshalb – wie die partikularistische „Sächsische Zeitung“ – meist nach kurzer Zeit.

Seitens des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV) wurde das in Aussicht gestellte allgemeine Wahlrecht selbstredend als ein Sieg Lassalles gewertet, dem Bismarck als postumer Erfüllungsgehilfe diene. Allerdings wurde der ADAV seit dem Tode Lassalles von tiefgreifenden Krisen und Spaltungen erschüttert. Er befand sich in einem desolaten Zustand.

Zu demselben Zeitpunkt, als preußische Truppen Sachsen okkupierten, traten am 17./18. Juni 1866 zwölf Delegierte mit Mandaten von 34 Orten zur 3. Generalversammlung des ADAV in Leipzig zusammen. Ohne die inneren Rivalitäten überwinden und den krisengeschüttelten ADAV wirklich stabilisieren zu können, vermochte sie doch die Mitgliedschaft zu einer Serie von Aktionen für ein demokratisches Wahlrecht zu mobilisieren. Dazu hatte am Vorabend der kurz zuvor aus dem Gefängnis entlassene Redakteur des „Socialdemokrat“, J. B. v. Schweitzer, aufgerufen: Den Kampf zwischen Preußen und Österreich, „die uns gleichmäßig fern stehen“, gelte es zu nutzen, „unsere Parteisache zu fördern“ durch „eine Agitation von entscheidender Kraft zur Erlangung des allgemeinen Stimmrechts“ für die einzelstaatlichen Vertretungen und besonders den preußischen Landtag, „denn das allgemeine Stimmrecht in Preußen ist das allgemeine Stimmrecht in Deutschland“.²⁷

²⁷ J. B. von Schweitzer, Die gegenwärtige Aufgabe der sozialdemokratischen Partei in Deutschland. Vortrag, gehalten am 16. Juni 1866 zu Leipzig, bei Gelegenheit der Generalversammlung des ADAV, in: Franz Mehring (Hg.), Politische Aufsätze und Reden von J. B. von Schweitzer, Berlin 1912, S. 153 f. Im Juli/August 1866 organisierte der ADAV eine Versammlungskampagne für das allgemeine Wahlrecht, die nach örtlichen Kundgebungen jeweils in einem regionalen Arbeitertag mündete, angefangen in Schlesien (mindestens 7 Versammlungen, u.a. in Langenbielau und Peterswaldau, schlesischer Arbeitertag in Wüste-Waltersdorf), Norddeutschland (13 Versammlungen u.a. in Hamburg, Altona, Kiel, Bremen, Hannover, Braunschweig, Magdeburg und Stettin, norddeutscher Arbeitertag in Hamburg) bis Rheinland-Westfalen im August (über 20 Versammlungen u.a. in Köln, Barmen, Elberfeld, Ronsdorf, Remscheid, Duisburg, Mülheim, Hagen und Iserlohn, rheinisch-westfälischer Arbeitertag in Barmen). Zuvor beendete ein mittel- und süddeutscher Arbeitertag in Leipzig eine Welle von Versammlungen, die in Leipzig (sowie in Thonberg, Stötteritz und Neustadt), Oberkändler, Grüna, Plauenscher Grund, Großenhain, Glauchau, Dresden, Leisnig, Böhlen, Naumburg, Apolda, Beerfelden, Erfurt, Mainz, Frankfurt a.M., Offenbach, Augsburg und Asch in Böhmen stattfanden. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 242.

Ein Vierteljahr später, als in den Bundesverträgen Preußens der Norddeutsche Bund mit einem nach allgemeinem Wahlrecht gewählten Parlament reale Gestalt annahm, warf Schweitzer die Frage auf: „Sollen wir wählen oder nicht?“ Er problematisierte die Bejahung des selbständigen Wahlkampfes der Arbeiterpartei. Er urteilte: „Wehrlos, ohne auch nur auf einem vorangegangenen Volksaufschwung fußen zu können, ohne Aussicht, revolutionäre Volkskräfte um sich zu konzentrieren, steht dieses Parlament einer Regierung gegenüber, welche, siegreich nach innen und außen, eine große Armee und alle andern Machtmittel eines großen Staates zur Verfügung hat... . Wenn ihm die Regierungen alle Befugnisse der Welt zudekretieren wollten – immer bliebe das Parlament eine Macht auf dem Papier und die preußische Regierung eine Macht in der Wirklichkeit. Ein Parlament hat wirkliche reale Bedeutung nur dann, wenn es selbständig über eine Armee verfügt oder wenn es als die Konzentration einer lebendigen revolutionären Volkskraft erscheint.“ Aber selbst das norddeutsche Parlament könne „den reaktionären Elementen in Preußen unbequem werden“ – es gelte, das Machtzentrum Deutschlands in Berlin als gegeben angenommen, auf dieses Machtzentrum selbst einzuwirken. Dabei sei stets im Auge zu behalten, „daß wir nicht einer freiheitlichen Volksregierung gegenüberstehen und darum bleibe auf Schritt und Tritt, unbeirrt von trügerischen Lobpreisungen der Machthaber, in uns wach und rege jenes Palladium aller echten Volksparteien: das demokratische Mißtrauen“.²⁸

Mit kritischer Distanz stellte sich Schweitzer auf den Boden der Entscheidungen von 1866, die er – und hierin bestand der Gegensatz zu Liebknecht, der den Norddeutschen Bund als Provisorium ansah, das bekämpft und überwunden werden müsse – als gegebene und nicht zeitweilige Realität einschätzte.

Mit der Ankündigung der Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes wandelte sich die politisierende Parole „Das allgemeine Wahlrecht sei's Panier!“ vom Kampfziel zur praktischen Bewährungssituation. Eine weitere Generalversammlung des ADAV, die am 27.

²⁸ Mehring, Politische Aufsätze und Reden von J. B. v. Schweitzer, S. 171 ff., Artikelserie im „Sozialdemokrat“, 30. 9. bis 12. 12. 1866.

Dezember 1866 in Erfurt zusammentrat, rief dazu auf, „mit Kraft und Nachdruck“ in den Wahlkampf einzutreten. Angenommen wurde ein von der Gräfin Hatzfeldt geprägtes Wahl-„Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, das einen Einheitsstaat forderte und in der Parole „Durch Einheit zur Freiheit“ gipfelte, wodurch „die junge Arbeiterpartei mit einer fragwürdigen Fahne in ihre erste Wahlschlacht marschierte“.²⁹ Offiziell wurden 14 ADAV-Kandidaten für 16 Wahlkreise ausersehen. Schweitzer gab die Losung aus: „Wahlkompromisse mit anderen Parteien über gemeinsame Grundsätze und Kandidaten sind unmöglich“, empfahl aber „Wahl-Transaktionen“, d.h. in einem Ort für die Kandidaten einer anderen Partei zu stimmen, um mit deren Unterstützung den eigenen Kandidaten in einem anderen Wahlkreis sicher durchzubringen.³⁰

Zu den kurzfristig auf den 12. Februar 1867 ausgeschriebenen Wahlen kamen in Sachsen fast ausschließlich Anhänger der Gräfin Hatzfeldt zur Aufstellung. Insgesamt besetzte hier der ADAV mindestens 9 der 23 sächsischen Reichstagswahlkreise mit eigenen Kandidaten. In Dresden lehnten die Lassalleaner eine Verständigung mit der proletarischen bzw. demokratischen Bewegung außerhalb des ADAV über einen gemeinsamen Kandidaten ab. In Leipzig dagegen wurde seitens des ADAV die Aufstellung Wilhelm Liebknechts angestrebt. Nach dessen schroffer Ablehnung, er sei nicht gesonnen, „ein Mandat für das ‘Bismarcksche Sonderbunds-Parlament’ anzunehmen“³¹, nominierte eine vom lassalleanischen „Wahlcomité der Arbeiter“ einberufene Volksversammlung im Leipziger Colosseum am Vormittag des 3. Februar – eine Woche vor dem Wahltermin! – den „erprobten

²⁹ Nach Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, S. 254 ff., nahmen 12 Delegierte teil, die 26 Orte vertraten. Andere Quellen weisen 10 Delegierte (darunter Julius Röthing – Leipzig) aus 27 Orten und dem Maingau aus. Unter dem Einfluß der Gräfin Hatzfeldt standen weitere 6 Vertreter – darunter Försterling und Richter aus Dresden sowie Löscher aus Chemnitz –, die zwar zur Generalversammlung erschienen, sie jedoch als nicht legal bezeichneten. Peter Pohlenz, *Entwicklung und Differenzierung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1863 bis 1867)*, Phil. Diss. Leipzig 1986, S. 119 ff.

³⁰ Mehring, *Politische Reden und Aufsätze von J. B. v. Schweitzer*, S. 190, Artikel „Wie haben wir uns bei den Wahlen zu verhalten?“, 4. 1. 1867.

³¹ „Leipziger Zeitung“, Nr. 28 vom 1. 2. 1867, S. 642. Liebknecht war kurz zuvor, am 17. 1. 1867, nach über dreimonatiger Haft wegen „Bannbruchs“ aus der Berliner Stadtvogtei entlassen worden.

demokratischen Dulder, den Volksmann und Freiheitskämpfer“ Ludwig Würkert zum Reichstagskandidaten.³² Das „Wahlcomité der Arbeiter“ organisierte für Sonntag, den 10. Februar, auf dem Floßplatz die einzige Leipziger Wahlkundgebung unter freiem Himmel, zu der sich 3.000-4.000 Teilnehmer einfanden. Die beabsichtigte Demonstration durch die Straßen Leipzig wurde von den Behörden untersagt. Der kurze, aber intensive Wahlkampf wurde durch knappe Annoncen in den Lokalblättern unterstützt, deren letzte am Vorabend der Wahl erschien: „Hatzfeldianer! Die Gräfin ist hier! Stimmt Alle für Würkert! Sie paßt auf.“³³

Hierbei ist eine wichtige Wirkung des Wahlkampfes hervorzuheben: Es war die politische Bewegung, die den Wahlkampf – einschließlich der Kandidatenaufstellung – führte, und nicht die beruflich orientierte ökonomisch-soziale Bewegung. Diese wiederum blieb keineswegs außen vor, sondern engagierte sich in Versammlungen für den Arbeiterkandidaten. Unter anderem unterstützte der bedeutende Fortbildungsverein für Buchdrucker und Schriftgießer mit einer speziellen Versammlung die Kandidatur Würkerts in Leipzig-Stadt und entschied sich, für den umliegenden XIII. Wahlkreis (Leipzig-Land) nicht für den ADAV-Kandidaten Friedrich Wilhelm Fritzsche zu votieren, obwohl dieser sich, als Führer der Tabakarbeiterbewegung, als exponierter Funktionär der Gewerkschaftsbewegung bewährt hatte, sondern – um die Parität zu wahren – für den linksliberalen Dr. Julius Freese, den Kandidaten der sächsischen Volkspartei: Die Buchdruckerversammlung appellierte, „Zersplitterungen, wie sie leider selbst von Arbeitern provocirt werden, zu vermeiden“.³⁴

Anders als beim ADAV war die Beteiligung an den Reichstagswahlen in der sich herausbildenden, an den Leipziger Arbeiter-Bildungsverein angelehnten „Bebel-Liebknachtschen Richtung“ nicht unumstritten. Die Grundsatzentscheidung fiel sechs Wochen nach der Schlacht von Königgrätz in einer „demokratischen Landsversammlung“ von knapp zwei Dutzend Teilnehmern, die am 19. August 1866 unter nahezu konspirativen Umständen

³² „Leipziger Tageblatt“, Nr. 33 vom 2. 2. 1867, S. 780 (Versamlungsankündigung).

³³ Ebd., Nr. 42 vom 11. 2. 1867, S. 1035.

³⁴ Ebd., Nr. 41 vom 10. 2. 1867, S. 980.

im Chemnitzer Gasthof „Zur Linde“ stattfand und den Versuch darstellte, angesichts der erkennbar einschneidenden und weitreichenden Folgen des preußischen Sieges eine Verständigung zwischen den auf dem äußersten linken Flügel der demokratischen Bewegung agierenden Kräften herbeizuführen. Sie entschied sich, ohne die Entscheidung von 1866 anzuerkennen, für die Beteiligung an den Wahlen für den Norddeutschen Reichstag mit der Verpflichtung, „auf die Berufung eines Parlaments hinzuwirken, in welchem ganz Deutschland, selbstverständlich auch Deutsch-Österreich, vertreten ist“.³⁵

Immerhin bedeutete das Ergebnis des preußisch-österreichischen Krieges von 1866 eine Niederlage der revolutionär-demokratischen Kräfte, die den Norddeutschen Bund, in den auch das militärisch besetzte Sachsen integriert wurde, als zu beseitigendes Provisorium ansahen. Es gehörte ein beträchtliches Maß undogmatischen Politikverständnisses dazu, diese Protesthaltung nicht durch eine Obstruktionspolitik der Wahlenthaltung zum Ausdruck zu bringen, zumal der Norddeutsche Reichstag Bestandteil dieses den demokratischen Kräften feindlichen Systems war und sich in seiner politisch-gesellschaftlichen Funktion grundlegend von dem geforderten gesamtdeutschen Parlament unterschied, das an der Nationalversammlung von 1848/49, dem Produkt der bürgerlich-demokratischen Revolution, orientiert war. Überdies war von vornherein klar, daß die demokratischen Kräfte, sofern sie überhaupt ein Abgeordnetenmandat zu erlangen vermochten, im Parlament in verschwindender Minderheit sein mußten.³⁶

³⁵ „Mitteldeutsche Volks-Zeitung“, Nr. 193 vom 21. 8. 1866.

³⁶ Die Argumentation reflektierte u.a. das Programm des „demokratischen Wahlcomités des XII. sächsischen Reichstagswahlkreises“: „Aber weder der Umstand, daß die Vertreter der unterworfenen deutschen Länder in jenem Parlament sich in der Minderheit befinden werden, noch auch die Erwägung, daß selbst eine Parlamentsmehrheit ihren Aussprüchen der preußischen Regierung gegenüber keine Geltung zu verschaffen möchte, dürfen uns von der Beteiligung an der Wahl abhalten. Für uns gilt es, vor Deutschland und Europa zu bezeugen, daß das Land Sachsen zwar gern bereit ist, für eine freiheitliche und wahrhaft demokratische Einigung Gesamtdeutschlands die notwendigen Opfer zu bringen, daß es aber der einer solchen Einigung entgegenstehenden Oberherrschaft eines einzelnen deutschen Staates nur gezwungen sich fügt.“ „Leipziger Tageblatt“, Nr. 14 vom 10. 2. 1867.

Für die Wahlbeteiligung sprachen das im Rückgriff auf 1848 proklamierte demokratische Wahlrecht, gegen dessen Einführung sich die sächsische Regierung vergeblich sträubte³⁷ und in das sich sowohl die Konservativen als auch die Liberalen nur widerwillig fügten,³⁸ und natürlich die bahnbrechende lassallesche Orientierung auf das allgemeine Wahlrecht. Die Masse der Wähler sollte nicht kampfflos den bürgerlichen Parteien überlassen werden. Gewiß nicht an letzter Stelle stand die Chance, in Berlin, dem politischen Entscheidungszentrum, präsent zu sein und weit über den lokalen und regionalen Rahmen hinaus Gehör zu finden.³⁹

³⁷ Die sächsische Regierung unternahm vergeblich mehrfache Vorstöße, Bismarck von diesem „sehr gefährlichen Experiment“ (König Johann) abzubringen. Das allgemeine Wahlrecht war der herrschenden Elite in Sachsen ein besonders suspektes Erbe der Revolution von 1848/49, da der Staatsstreich vom Juni 1850, der dieses für die II. Kammer gültige Wahlrecht beseitigte, nach wie vor als zentrale innenpolitische Konfliktzone zwischen konservativer Staatsführung und der liberalen Opposition wirkte. Die „beabsichtigte Einführung eines aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangenen Parlaments“, zumal, wie er meinte, ohne „wirksames conservatives Gegengewicht gegen die möglicherweise destruktiven Tendenzen eines solchen Parlaments“, erregte für Minister v. Friesen „viel wesentlicher[e] u. ernster[e]“ Bedenken als eine Reihe für Sachsen äußerst kritischer Bestimmungen der künftigen Bundesverfassung; er befürchtete, damit werde, wenn nicht unmittelbar, so doch perspektivisch „den konservativen Partheien ... der Todesstoß versetzt“. Landsberg an Bismarck, 19. 12. und 29. 12. 1866. Preußisches Geheimes Staatsarchiv, Rep. 81, Dresden IV. A. Nr. 28a, [Preußische] Gesandtschaft zu Dresden, Politische Berichte, Bl. 16 ff. und Bl. 25 f.

³⁸ Die liberalen „Grenzboten“ unter der Ägide Gustav Freytags fanden, „daß das allgemeine Wahlrecht in dieser Ausdehnung ein Danaergeschenk ist, welches dem deutschen Volke zu aller Unsicherheit seiner politischen Zustände eine neue Gefahr bereitet“; angesichts der sozialen Veränderungen prophezeiten sie einen Orkan, der drohe, „uns in wenigen Jahren eine socialistische Organisation der arbeitenden Classen herzublasen, welche noch ganz andere Culturen zu beschädigen droht, als die politische“. Vor den Reichstagswahlen, in: Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur 26 (1867), I. Bd., S. 155 f.

³⁹ Die verschiedenen Positionen sind resümiert bei Wilhelm Liebknecht, Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Norddeutschen „Reichstag“. Vortrag in der am 31. Mai 1869 abgehaltenen Versammlung des Berliner demokratischen Arbeitervereins, in: ders., Kleine politische Schriften, hg. von Wolfgang Schröder, S. 17. Liebknechts Broschüre, die auf eine Negation nicht der Beteiligung an den Wahlkämpfen, jedoch einer über anklagende Protesthaltung hinausgehende parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie abzielte, spielte in allen Phasen der Auseinandersetzung um die Parlamentstaktik eine wesentliche Rolle. Vgl. Raymond H. Dominick, Wilhelm Liebknecht and the Founding of the German Social Democratic Party, The University of North Carolina Press 1982, S. 115 ff.

Die positive Entscheidung trug strategischen Charakter und erwies sich als kaum zu überschätzender Impuls für die agitatorisch-organisatorische Ausstrahlung und nicht minder für die politische Profilierung der aufkommenden Arbeiterbewegung.

Auf der Konferenz wurde die „Sächsische Volkspartei“ gegründet, die einen gemeinsamen politischen Organisationsrahmen sowohl für den äußersten linken Flügel der bürgerlichen Demokratie als auch die aufkommende Arbeiterbewegung bildete, in dem jedoch, im Unterschied zu Süddeutschland, die proletarischen Elemente einen je längeren, desto gewichtigeren Schwerpunkt bildeten. Diese organisatorische Gemeinsamkeit war für die ADAV-Führung der entscheidende Grund zum Veto, dem die sächsischen ADAV-Vertreter folgten. Schließlich einigte man sich auf eine programmatische Plattform „Forderungen der Demokratie“. Das bekannte Chemnitzer Programm⁴⁰ verlangte u.a. neben einem demokratischen Wahlrecht auch für die Einzelstaaten und Gemeinden ein „mit größerer Machtvollkommenheit ausgestattetes Parlament“ und – ein preußisches Kleindeutschland ebenso wie ein österreichisches Großdeutschland oder eine „Trias“-Lösung ablehnend – die „Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform“.⁴¹

Die tatsächliche Wahlvorbereitung setzte Ende 1866 ein. „Es war wohl am Weihnachtsabend, als wir unser 16 Mann in einem kleinen Zimmer des Bahnhofs zu Chemnitz beschlossen, die 23 sächsischen Wahlkreise mit unseren 3 Kandidaten zu besetzen. Organisation, Presse und Geld glänzten durch Abwesenheit, zum größten Teil wenigstens. Dr. Petermann und Schrapf aus Dresden, Dörne/Leipzig, Dotzauer aus Zwickau, Jungnickel/Lugau, Du und August waren auch dabei, oder nur einer von Euch? Wer uns damals gesagt hätte, wir würden in 24 Jahren als *Macht* behandelt werden *müssen*, den hätten wir doch als etwas ungläubigen Spötter in Verdacht gehabt.“⁴² Die Wahlagitation konzentrierte sich auf die Wahlkreise XVII

⁴⁰ Bebel, Aus meinem Leben, S. 127.

⁴¹ Vgl. Rolf Weber, Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863-1866, Berlin 1962, S. 169 ff.; Karl Heinz Leidigkeit, August Bebel und Wilhelm Liebknecht in der deutschen Arbeiterbewegung 1862-1869, Berlin 1957.

⁴² Julius Motteler, London, an Wilhelm Liebknecht, Berlin, 23. 12. 1890, Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten zur Neuesten Geschichte,

Glauchau-Meerane, XVIII Zwickau und XIX Stollberg/Schneeberg. Diese drei Bezirke bezeichneten die Ausstrahlungsrichtung des vom Leipziger Arbeiterbildungsverein geführten sächsischen Gauverbandes, der seine Stützpunkte in den industriellen Bezirken des Erzgebirgsvorlandes suchte.⁴³ Basis der Agitation waren lokale Arbeiter- und Volksvereine, die die Einberufung von Versammlungen mit den Kandidaten oder Agitatoren sowie die Verteilung der Stimmzettel übernahmen. Auch in den beiden Leipziger Wahlkreisen proklamierte die „Sächsische Volkspartei“ mit Prof. Wuttke (XII) und Dr. Freese (XIII) eigene Kandidaten. Während sich in den Wahlkreisen des industrialisierten Erzgebirgsvorlandes eine intensive Wahlagitation entwickelte, klagte Robert Schweichel über Komplikationen in der Stadt Leipzig, wo es nicht gelang, zugunsten Wuttkes „ein Lokal zu einer großartigen Versammlung aufzutreiben. Theils sind die Lokale bereits von unseren Gegnern oder den Maskenbällen in Beschlag genommen worden. Dieser Umstand kann für unsere Partei zu einer Wahlniederlage führen“.⁴⁴ In Dresden hatte sich am 3. Dezember 1866 auf der Grundlage des Chemnitzer Programms ein Volksverein unter Einfluß von Reinhold Schrapf und Theodor Petermann gebildet, der in dem seit einem halben Jahrzehnt bestehenden Arbeiterbildungsverein eine feste Basis hatte. Nachdem eine Verständigung mit dem ADAV gescheitert war, nominierte eine vom Volksverein in Gemeinschaft mit Vertretern des Gesellen-Deputiertenvereins, des Vereins für Gewerbetreibende und dem Arbeiterbildungsverein getragene Volksversammlung am 29. Dezember 1866 ein „Vereinigtes Wahlkomitee des Volksvereins“. Als Kandidaten wurden Prof. Wigard⁴⁵ und der junge Schuhmachermeister Gottlieb Robert Knöfel, führendes Mitglied des

Moskau, F. 200, op. 4, Nr. 2829. Nach Bebels Erinnerungen fand diese sächsische Landeskonferenz inn Glauchau statt. Hervorhebungen im Original.

⁴³ Hans-Albrecht Grohmann, Kapital und Arbeit in den Schönburgischen Rezeßherrschaften. Zur Konstituierung von Bourgeoisie und Arbeiterklasse in einer deutschen Exportgewerbelandschaft 1830 bis 1882, Phil. Diss. Leipzig 1988, Bl. 96 ff.

⁴⁴ Robert Schweichel an Wilhelm Liebknecht, 6. 2. 1867, in: Georg Eckert (Hg.), Wilhelm Liebknecht, Briefwechsel mit deutschen Socialdemokraten, Bd. I, 1862-1878, Assen 1973, S. 204 f.

⁴⁵ Ruth Fuchs, Franz Jacob Wigard. Ein Beitrag zur Geschichte der kleinbürgerlichen Demokratie im 19. Jahrhundert, Phil. Diss. Leipzig 1970, Bl. 175 ff.

Arbeiterbildungsvereins und „bewährter Vertrauensmann des Handwerker- und Arbeiterstandes“, aufgestellt. Auf Druck der dazustoßenden lokalen liberalen Gruppierungen wurde jedoch Knöfels Kandidatur zugunsten eines Führers der sächsischen Fortschrittspartei vereitelt.⁴⁶

III. *Wirkungen der Reichstagswahlen vom 12. Februar und 31. August 1867*

Wenn die alle drei Jahre stattfindenden Drittel-Wahlen zur II. sächsischen Kammer außerhalb des öffentlichen Interesses stattfanden und belegten, daß in Sachsen „das politische Leben ... bisher, wie Jedermann zugiebt, gar nicht vorhanden war“,⁴⁷ so führte im krassen Gegensatz dazu das allgemeine Wahlrecht, das dem „gemeinen Mann“ erstmals Stimme und Gewicht gab, rund zwei Drittel der Stimmberechtigten zu den Wahlurnen.

Zur politischen Mobilisierung trug wesentlich die Festlegung bei, daß die Reichstagswahlen flächendeckend an ein und demselben Tage durchzuführen waren.⁴⁸ Allerdings wurde die Wahlbeteiligung der Arbeiterbevölkerung dadurch erheblich erschwert, daß der Wahltermin stets auf einen Wochentag gelegt wurde. Die Wahllokale schlossen in der Regel um 15 Uhr, lange vor dem Ende der üblichen Arbeitszeit. Wie mit der Diätenlosigkeit für die Reichstagsabgeordneten, auf der Bismarck hartnäckig beharrte, sollte damit ein Korrektiv des allgemeinen Wahlrechts geschaffen werden.

Erkennbar wird, daß in Sachsen beträchtliche Teile der Bevölkerung zumindest in die Wahlbewegung einbezogen wurden und damit aus dem bisherigen Indifferentismus heraustraten. Bebel urteilte sogar, daß „die Massen in einer Weise aufgeregt worden sind wie seit dem Jahre 1848 nicht“ und fügte, den organisatorischen Effekt betonend, hinzu, „daß es uns gelun-

⁴⁶ Roswitha Borrmann, *Die Dresdner Arbeiterbewegung 1861-1869*, Phil. Diss. Dresden 1989, Bl. 95 ff.

⁴⁷ Preuß. Geh. Staatsarchiv, Rep. 81, Dresden IV. A. Nr. 29a, [Preußische] Gesandtschaft zu Dresden, *Politische Berichte 1867*, Bl. 243, Bericht Nr. 95 v. 18. 12. 1867.

⁴⁸ Die Wahlen zur sächsischen Ständeversammlung fanden bislang nach vier Ständen nach unterschiedlichem Wahlrecht und gänzlich verschiedenen Wahlkreisen und überdies zu unterschiedlichen Terminen statt, was gleichsam automatisch zum Desinteresse der – in ihrer Mehrheit ohnehin von den Wahlen ausgeschlossenen – Bevölkerung führte.

gen ist, dadurch Verbindungen in Orten anzuknüpfen, wo wir bis jetzt noch keine hatten“.⁴⁹ Dies wirkte als Schubkraft für die parteipolitische Entwicklung.

Das Wahlergebnis selbst jedoch war gegenüber den überschwenglichen Erwartungen, die nicht nur den ADAV beherrschten, für das proletarische Lager ernüchternd. Keiner der ADAV-Kandidaten drang durch, während die auf einer breiteren sozialen Basis agierende sächsische Volkspartei mit August Bebel und Reinhold Schrapz zwei Mandate – beide in der Stichwahl – gewinnen konnte. Der erst 27jährige Bebel war der jüngste Abgeordnete des konstituierenden Norddeutschen Reichstages – und der einzige Sozialist unter 297 Reichstagsmitgliedern.

Dagegen unterlag Wilhelm Liebknecht, der unmittelbar nach seiner Haftentlassung aus der Berliner Stadtvogtei (17. Januar 1867) schweren Herzens seine in Leipzig darniederliegende, sterbenskranke Frau verließ, um seine Kandidatur vor Ort doch noch aus dem Feuer zu reißen. Anders als im benachbarten XVII. Wahlkreis, wo die beiden Städte Glauchau und Meerane über die Hälfte der Stimmberechtigten stellten, entschieden in Liebknechts XIX. Wahlkreis nicht zwei oder drei dominierende Orte über Sieg oder Niederlage, sondern eine große Zahl von Ortschaften – wie die Bergarbeiterdörfer Lugau, Oelsnitz oder Würschnitz im Norden, die Städte Schneeberg, Aue, Grünhain und Elterlein im Süden, Geyer und Zwönitz im Westen, Hartenstein, Stollberg, Lößnitz in der Mitte des Wahlkreises. Die insgesamt 79 verschiedenen Stimmbezirke lagen weit verstreut und waren teilweise

⁴⁹ August Bebel an Johann Peter Staudinger, 28. 5. 1867, zit. nach Fischer, August Bebel und der Verband Deutscher Arbeitervereine 1867/68, S. XLI. Nach einer unvollständigen Übersicht, die Günter Benser zusammenstellen konnte, entstanden im XVII. Wahlkreis nach den Reichstagswahlen folgende Volksvereine (Benser, Zur Herausbildung der Eisener Partei, S. 65):

Stangendorf	07. 08. 1867	Oberlungwitz	05. 04. 1868
Mülsen St. Jacob	19. 08. 1867	Niederlungwitz	15. 08. 1868
Thurm	19. 01. 1867	Remse	20. 12. 1868
Glauchau	02. 09. 1867	Mülsen St. Micheln	Anfang 1869
Rödlitz-Hohendorf	21. 10. 1867	Waldenburg	11. 03. 1869
Meerane	31. 10. 1867	Langenchursdorf	13. 06. 1869
St. Egidien	19. 01. 1868		

schwer erreichbar. „Wo wir öffentlich auftraten und Zweigvereine hatten, waren wir auch im Vorteil“, resümierte Liebknecht. „Aber ich konnte nicht überall sein, an den meisten Orten gab es keine Zweigkomitees, und in Schneeberg, Hartenstein etc., das heisst gerade den Orten, welche den Ausschlag gegen uns gaben, hatten wir ... nicht einmal jemand, der uns eine Volksversammlung richtig angemeldet hätte. Diese Erfahrung müssen wir uns zunutze machen; aus der Niederlage den Sieg lernen. Organisation, Organisation! lautet jetzt die Losung. Es gilt, überall Arbeiter- und Volksvereine gründen, und sich mit zuverlässigen Männern in Verbindung setzen.“⁵⁰

Wenn Liebknecht verlangte, den bestehenden Arbeitervereinen „frisches Leben“ einzuflößen, daneben aber an möglichst vielen Orten Volksvereine zur Sammlung demokratischer Elemente aus allen Bevölkerungsklassen zu gründen, so lief das auf eine Doppelgleisigkeit hinaus, die der antipreußisch-demokratischen Agitation den Vorrang vor der spezifisch sozialen Orientierung einräumte. Der von Liebknecht persönlich in Geyer gegründete Demokratische Verein umfaßte „eine große Zahl von Kleinbürgern, Expedienten, Gerichtssekretären und sonstigen preußenfeindlichen Elementen, die natürlich zur Arbeiterbewegung nie ein inneres Verhältnis gewannen“.⁵¹ Hier zeigten sich objektiv vorhandene Divergenzen zwischen sozialen Interessen der Arbeiter und der Aktivierung demokratischer Potenzen auf politischem Gebiet.⁵² Tatsächlich wurde in der Praxis unter dem Aspekt der Wahlorganisation das Hauptgewicht auf die Gründung von Volksvereinen gelegt, die zu einem beträchtlichen Teil die (vor allem in kleineren Orten oftmals selbstgenügsam-sektiererischen) Arbeitervereine an Aktivität und Ausstrahlungskraft überflügelten und infolgedessen nicht selten verdrängten oder gar

⁵⁰ Wilhelm Liebknecht an Herrmann Gottschald in Löbnitz, 19. 2. 1867, in: Eckert, Liebknechts Briefwechsel, Bd. I, S. 208.

⁵¹ Ernst Heilmann, Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und dem Erzgebirge, Chemnitz o.J., S. 33; Eckert, Liebknechts Briefwechsel, Bd. I, S. 209.

⁵² Als der „Volksstaat“, Nr. 13 vom 11. 2. 1871 den Beitrag „Ein Bild der Lage des größten Theiles der Weber von Glauchau und Umgebung“ veröffentlichte, legte der Vorsitzende des Volksvereins zu Glauchau, H. Albert, Verwahrung gegen die nach seiner Ansicht „teilweise in gehässiger und verletzender Form“ verfaßte Schilderung ein. „Der Volksstaat“, Nr. 14 vom 15. 2. 1871.

an ihre Stelle traten.⁵³ Mit der Kräftigung der Arbeiterpartei schieden die nichtsozialistischen Elemente in den 70er Jahren aus den Volksvereinen aus, die sich zumeist in sozialdemokratische Arbeitervereine bzw. Mitgliedschaften der Sozialdemokratische Arbeiterpartei umwandelten.

Die ersten Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht zwangen die politischen Arbeiterorganisationen zu weitaus intensiveren und auf eine künftige Wahlbewegung – also ein konkretes Ziel ausgerichtete – Agitations- und Organisationsarbeit. Der Maßstab konnte nicht mehr nur ein Ort sein, sondern das Augenmerk mußte auf einen ganzen Wahlkreis gerichtet werden, der z. B., wie der Leipziger „Kragenkreis“, aus 144 Orten unterschiedlicher sozialer Zusammensetzung bestand.

Während die „Bebel-Liebknightsche Richtung“ bzw. die sächsische Volkspartei diese Aufgabe, zumindest partiell, auf einer breiteren Basis anzugehen suchte, postulierte Schweitzer, ebenfalls in Auswertung der ernüchternden Wahlergebnisse, „daß alle schlechten, halben und unzuverlässigen Elemente aus der Partei ausgeschieden werden und daß die verbleibenden guten und echten Elemente mit immer strafferem Bande zu gemeinsamem Wirken zusammengefaßt werden“.⁵⁴ Unter dem Zwang der bevorstehenden Wahlkampagne hatte der ADAV im Winter 1866/67 die nach Lassalles Tod einsetzende Zerfallskrise noch einmal überbrücken und als einheitliche sozialistische Arbeiterpartei in den Wahlkampf eintreten können, wobei allerdings in Sachsen die „Hatzfeldtsche Richtung“ dominierte. Das enttäuschende Wahlergebnis war ein Faktor, der zur offenen Spaltung des ADAV führte: Die schwelende Spaltung innerhalb des ADAV wurde mit dem

⁵³ Es wäre verfehlt, den Leipziger Arbeiterbildungsverein und seine Entwicklung als Maßstab für die lokalen Organisationen zu nehmen, die in Kleinstädten oder Industriedörfern nicht selten in Form von beruflichen Unterstützungsvereinigungen oder auch nur Stammtschritten bestanden, die im kleinen Kreis innere Stabilität bewiesen, als lokale Anlaufstellen oder Stützpunkte eine wesentliche Funktion besaßen, politisch-ideologisch von der (lockeren) Verbindung mit „dem Zentrum“ zehrten und Ausstrahlungskraft meist nur durch Auftritte von auswärtigen Agitatoren gewannen, wie etwa am Beispiel von Lunzenau nachzuweisen ist. Der Aktions- und Ausstrahlungsradius der Wahlagitation mußte weit darüber hinausreichen.

⁵⁴ Mehring, Politische Aufsätze und Reden von J. B. Schweitzer, S. 193, Artikel „An die Parteigenossen“, 15. 2. 1867.

Ausscheiden von etwa einem Fünftel der Mitgliedschaft und der Gründung des unter der Ägide der Gräfin Hatzfeld, die sich als Testamentsvollstreckerin Lassalles verstand, stehenden „Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ im Juni 1867 nun auch offiziell vollzogen. Die „Hatzfeldtianer“ hatten ihre Hauptbasis in Sachsen.

Die Wahlen, die für den Norddeutschen Reichstag – wiederum nach dem „Kopfwahlprinzip“ – am 31. August 1867 stattfanden, fanden bei weitem nicht das Echo wie der erste Urnengang ein halbes Jahr zuvor. Die Wahlbeteiligung sackte um die Hälfte ab, nur ein Drittel der Stimmberechtigten erschien in den Wahllokalen. Überdurchschnittlich war die Wahlbeteiligung u.a. in Glauchau-Meerane und Zwickau, wo Bebel und Schrapf ihr Mandat verteidigten; unter dem Durchschnitt lag sie u.a. im XIX. Wahlkreis, den Liebkecht diesmal in der Stichwahl gegen den wiederum antretenden Grafen zur Lippe auf Thum klar gewann. Diesmal konnte Liebkecht seinen Wahlkreis „bearbeiten“. Als die Löbnitzer von ihm eine Versammlung forderten, mußte er jedoch abwinken: „Denken Sie, am Montag hatte ich von Stollberg nach Geyer zu Fuß zu laufen, am Dienstag gar von Geyer nach Lugau! Und dabei die furchtbare Hitze, das unregelmäßige Leben, kein Schlaf wegen der ungewohnten Betten und die geistige Anstrengung! Das halte ein anderer aus!“⁵⁵

Gegenüber den Februarwahlen wiesen die Augustwahlen von 1867 wesentliche Veränderungen auf: Nicht mehr 14, sondern nur noch acht Konservative entsandte Sachsen nach Berlin. Statt sieben Fortschrittlern wurden zehn Liberale (darunter erstmals vier Nationalliberale) gewählt.

Die „Bebel-Liebkechtsche Richtung“, in Gestalt der sächsischen Volkspartei die Wahlschlacht bestreitend, konnte in Sachsen nicht mehr nur zwei, sondern insgesamt vier Reichstagsitze gewinnen: Neben Bebel und Liebkecht verteidigte Advokat Schrapf sein Zwickauer Mandat, und im Leipziger „Kragenkreis“ setzte sich der als „Turnergötz“ populäre Lindenauer Arzt Dr. Ferdinand Goetz in der Stichwahl durch: Die äußerste Linke

⁵⁵ Heilmann, Chemnitzer Arbeiterbewegung, S. 59 f. Die Entfernung Stollberg – Geyer beträgt etwa 14 km Luftlinie, d. h. real rund 25 km. Von Geyer bis Lugau sind es etwa 18 km Luftlinie, was mindestens 30 km Fußmarsch über Berg und Tal ausmacht.

repräsentierte sich, wie es der Konstruktion der sächsischen Volkspartei entsprach, im Norddeutschen Reichstag durch zwei Sozialisten und zwei kleinbürgerliche Demokraten. Hinzu kam mit dem Dresdner Kupferschmied Emil Försterling, der in der Stichwahl den XVI. Wahlkreis (Chemnitz) gewann, der Präsident des Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ins Berliner Parlament, dem sich in einer Nachwahl 1869 sein Nachfolger im Präsidentenamt, Fritz Mende, als Vertreter des IX. Wahlkreises (Freiberg) zugesellte.

Die „List der Geschichte“ führte, was die Entwicklung beider Richtungen der Arbeiterbewegung betrifft, zu einem, wenn man so will, paradoxen Resultat:

Die „Bebel-Liebknachtsche Richtung“ vermochte – nicht zuletzt durch Erfahrungen der Wahlkämpfe vorangetrieben – ihre Agitations- und Organisationsarbeit wesentlich zu intensivieren. Wenn um die Jahreswende 1866/67 der Versuch Liebknachts endgültig gescheitert war, die „Mitteldeutsche Volks-Zeitung“ als eigenes „Organ der Demokratie“ zu etablieren, gelang mit dem „Demokratischen Wochenblatt“ der Durchbruch, dessen Gründung seit Sommer 1867 – wiederum auch im Zusammenhang mit der Auswertung der Wahlkämpfe – vorbereitet worden war und das zu Beginn des Jahres 1868 als „Organ der Deutschen Volkspartei“ erschien.⁵⁶ Damit konnte die Ausstrahlungskraft der „Bebel-Liebknachtschen Richtung“ wesentlich verstärkt werden. Verbunden damit war der historisch bedeutungsvolle Radikalisierungsprozeß der Arbeitervereine, der sich besonders im Nürnberger Vereinstag dokumentierte, der mit dem Anschluß an die Bestrebungen und das Programm der I. Internationale den Übergang auf sozialistische Positionen vollzog.⁵⁷

⁵⁶ „Demokratisches Wochenblatt, Organ der Deutschen Volkspartei und des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, Unveränderter Fotomechanischer Nachdruck, hg. von Heinrich Gemkow und Ursula Herrmann, Leipzig 1969. Nach dem Eingehen der „Deutschen Arbeiterhalle“ erschien das „Demokratische Wochenblatt“ ab Nr. 52 vom 26.12.1868 auch als Organ des Verbandes der deutschen Arbeitervereine.

⁵⁷ Vgl. Die I. Internationale in Deutschland (1864-1872), Dokumente und Materialien, Berlin 1964.

Dies brachte den ADAV in Zugzwang. Objektiv ergab sich die Chance zur Überbrückung der gleichermaßen kräftezehrenden wie anspornenden Rivalität zwischen dem Schweizerischen ADAV und der „Bebel-Lieb-knechtschen Richtung“. J. B. v. Schweitzer hatte, gestützt auf den in seiner Hand befindlichen „Socialdemokrat“ und das im August 1867 errungene Reichstagsmandat, in dem von den „Hatzfeldtianern“ befreiten ADAV gleichsam in einer Doppelstrategie seine persönliche Diktatur durchgesetzt und zugleich – wie der „Socialdemokrat“ belegt – auf eine allmähliche Aufweichung des orthodoxen Lassalleanismus zugesteuert, was sich u.a. in der Bildung des Arbeiterschaftsverbandes und der in ihm zusammengefaßten, zielstrebig gegründeten gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen auf Berufsebene (Berliner Gewerkschaftskongreß Ende September 1868), der Annäherung an Marx und die I. Internationale oder in Tagesordnung und Verlauf der Hamburger Generalversammlung des ADAV (Ende August 1868) äußerte. So bewegten sich beide Gruppierungen von unterschiedlichen Ausgangspunkten aufeinander zu: Der ADAV durch Durchbrechung und Lockerung, zumindest aber flexiblere Handhabung des prononcierten Lassalleanismus, die „Bebel-Lieb-knechtsche Richtung“ durch die Linksentwicklung der Arbeitervereine.

Sicher gab es eine Reihe von Faktoren – darunter auch die unterschiedlichen regionalen Schwerpunkte –, die der zunehmenden Tendenz zur „Einigung aller Sozialdemokraten“ entgegenwirkten. Schweitzers Entscheidung richtete sich gegen diese Tendenz und gab der „Einigung aller Lassalleaner“ den Vorrang, die mit der – wie sich herausstellte, nur kurzlebigen – Verschmelzung mit dem Hatzfeldtschen „Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ 1869 vollzogen⁵⁸ und mit einer überfallartigen Urabstimmung sanktioniert werden sollte. Wenn hierbei die Rivalität zur „Bebel-Lieb-knechtsche Richtung“ eine ausschlaggebende Rolle spielte, so darf zugleich nicht übersehen werden, daß die Suche nach der effektivsten

⁵⁸ Peter Pohlenz/Wolfgang Schröder, Der ADAV im Vorfeld des „Staatsstreichs“ Schweitzers. Zwei unveröffentlichte Entwürfe der Vereinigungsvereinbarung zwischen ADAV und LADAV vom Juni 1869, in: Jahrbuch für Geschichte 40, S. 75 ff. Dieser letzte Band des Jahrbuchs für Geschichte liegt nur im Umbruch vor.

Struktur der Arbeiterorganisation experimentellen Charakter trug. Schweitzers „Staatsstreich“ vom Juni 1869 bedeutete letztlich nicht nur das Ende der „Hatzfeldtschen“ Sonderorganisation, sondern war auch der Versuch, divergierende Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung zurückzudrängen, die Gefahren der sich verselbständigenden Gewerkschaftsbewegung für die Position der politischen Partei auszuschalten, die verschiedenartigen Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung innerhalb des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* zu konzentrieren und den ADAV als geschlossene Phalanx (auch im Hinblick auf die kommende Reichstagswahl) zu stabilisieren.

An der Rückwendung zum orthodoxen Lassalleanismus zerbrach jedoch der „vereinigte“ ADAV.

Die Anti-Schweitzer-Opposition um Wilhelm Bracke und August Geib brach aus dem ADAV aus und schloß sich im August 1869 mit der „Bebel-Liebknachtschen Richtung“ auf dem Eisenacher Kongreß zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) zusammen. Diese Entscheidung erfolgte gewiß nicht unter wahlpolitischen Gesichtspunkten, hatte jedoch einen wahlpolitischen Aspekt: In Form der „Sächsischen Volkspartei“ agierte die „Bebel-Liebknachtsche Richtung“, verbunden mit dem äußersten linken Flügel der demokratischen Bewegung, gleichsam im Niemandsland zwischen der sozialistischen Arbeiterpartei (ADAV) und der bürgerlichen Demokratie (Fortschrittspartei). Mit der Vereinigung von Eisenach konstituierte sich die „Bebel-Liebknachtsche Richtung“ als sozialistische Arbeiterpartei, was durch die aus dem ADAV ausgebrochene Opposition stärker prononciert wurde. Nichts verdeutlichte mehr den erreichten Qualitätssprung als die Umwandlung des „Demokratischen Wochenblattes. Organ der Volkspartei“ in den – nach wie vor von Liebknacht in Leipzig redigierten – „Volksstaat. Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“.⁵⁹

⁵⁹ „Der Volksstaat“, Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften, 1869-1876, Unveränderter Nachdruck, hg. von Erich Kundel, Leipzig 1971.

Da die Hatzfeldtsche Richtung, nach erneuter Abspaltung vom Schweizerischen ADAV, völlig zerfiel, repräsentierte die SDAP – mit wenig Ausnahmen – die gesamte politische Arbeiterbewegung in Sachsen.⁶⁰

IV. *Mobilisierung in existentieller Krise: Reichstagswahl 1871*

Unmittelbar nach der Reichsgründung von 1871 waren am 3. März 1871 die 382 Abgeordneten (noch ohne Elsaß-Lothringen) des nunmehrigen Deutschen Reichstages zu wählen.

Die „Bebel-Liebnechtsche Richtung“ nutzte für den Wahlkampf zwar teilweise noch das Gewand der sächsischen Volkspartei, doch hatte sie mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei einen ganz anderen Rückhalt als die locker zusammengefügte Arbeiter(bildungs)vereine von 1867. Die junge „Eisenacher“ Partei war indessen, wie die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung, durch den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 in eine schwere Existenzkrise gestürzt worden. Die Mitgliedschaften waren durch Einberufungen, Repressalien und teilweise Resignation dezimiert. Als „Landesverräter“ – in Kriegszeiten! – verunglimpft, weil sie nach der kriegsentscheidenden Schlacht von Sedan einen gerechten Frieden ohne Annexionen mit der neu entstandenen französischen Republik forderten, waren im September 1870 der Braunschweiger Ausschuß der SDAP mit Bracke, Bonhorst und Spier nach der Festung Lötzen verschleppt, wenig später ebenfalls August Geib, der als Leiter der in Hamburg domizilierten Kontrollkommission in die Bresche sprang, eingekerkert, am 17. Dezember 1870 in Leipzig auch Bebel und Liebnecht sowie Adolf Hepner, Mitredakteur des „Volksstaats“, verhaftet und strenger Einzelhaft unterworfen worden. Die Dresdner Mitgliedschaft um August Otto-Walster bildete daraufhin einen stellvertretenden Parteiausschuß, der jedoch einige Wochen später sein Amt niederlegte. Zur „Leitung der Parteiangelegenheiten“ wähl-

⁶⁰ Vgl. Roswitha Wieczorek, Zur Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie. Die sozialistische Parteibildung in Dresden, in: Helga Grebing u.a. (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 26 ff.

ten die Leipziger Mitglieder Anfang Februar 1871 aus ihrer Mitte einen fünfköpfigen stellvertretenden Ausschuß. Es waren Lokalfunktionäre, die in komplizierter Situation „auszuharren und den Anforderungen der Partei nach allen Richtungen hin gerecht zu werden“ versprachen.⁶¹

Man stelle sich vor: Innerhalb eines knappen halben Jahres mußte die geschäftsführende Parteileitung von Braunschweig nach Hamburg, dann nach Dresden und schließlich nach Leipzig verlegt werden. Die führenden Köpfe der Partei waren eingesperrt, die gesamten erreichbaren Unterlagen waren beschlagnahmt, die Verbindungsadressen zu den örtlichen Vertrauensleuten weitgehend unzugänglich. Viele Mitgliedschaften lösten sich auf, Beitragsgelder kamen kaum ein. Der „Volksstaat“ wurde im „nördlichen Belagerungsgebiet“ – das waren zwei Drittel Deutschlands – verboten. Es war ein Wunder, daß er (oft nur in einblättrigen Notausgaben) überhaupt noch am Leben blieb. Und es war alles andere als sicher, ob die aller materiellen Mittel und ihrer führenden Köpfe beraubte Partei, „in verschwindender Minderheit ... und im Volke selbst keinen sicheren Stützpunkt“, diese Existenzkrise gegen den nationalistischen „Orkan entfesselter Leidenschaften, den aufzuhalten unmöglich, dem zu trotzen eine Lebensfrage war“, überstehen könne.⁶²

Hinzu kam die veränderte strategische Situation: Mit der Gründung des Deutschen Reiches – die Kaiserproklamation von Versailles vom 18. Januar 1871 war ein Markenzeichen für dessen preußisch-militaristischen Charakter – wurde Bismarcks „Revolution von oben“ vollendet. Der neu-geschaffene Nationalstaat in der Mitte Europas, der das junkerlich-bourgeoise Herrschaftssystem stabilisierte, konnte keinesfalls mehr als „Provisorium“ angesehen, sondern mußte als langfristige Realität anerkannt werden. Die radikal-demokratischen Kräfte hatten eine andere Einigung Deutsch-

⁶¹ Der Ausschuß setzte sich zusammen aus C. Gabriel (Vorsitzender), Carl Ernst Seifert (Stellv., Instrumentenmacher, geb. 1826), Theodor Otto Burckhardt (Kassierer, Xylograph, geb. 1846), O. Heidemann (Sekretär) und Oswin Stelzer (Beisitzer). „Der Volksstaat“, Nr. 11 vom 4. 2. 1871.

⁶² Wilhelm Liebknecht, Einleitung zur 2. Auflage von: Der Hochverraths-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872, Berlin 1894, S. 8 f.

lands erstrebt, nämlich eine „großdeutsche“ Lösung in einer demokratischen Staatsform. Sie hatten eine weitreichende strategische Niederlage einzugestehen und – keineswegs ein leichter Prozeß – sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen.

Zu alledem vollzogen sich die Wahlen am 3. März 1871 unter „Glockenklang und Kanonendonner“ – am Wahltag wurde der langersehnte Abschluß des Präliminarfriedens mit Frankreich (26. Februar 1871) bekannt, der mit Siegesfesten, Illuminationen, Fackelzügen und Glockengeläut gefeiert wurde.

Konnte es eine ungünstigere Situation für eine junge Oppositionspartei geben?

Fünf Wochen vor dem Urnengang setzte die Wahlvorbereitung ein. Kurzfristig auf Sonntag, den 29. Januar 1871 nach Zwickau, in Dotzauers Lokal „Volkshalle“ einberufen, beriet eine Landesversammlung, durch Delegierte und Mandate aus 10 Wahlkreisen beschickt, „insbesondere über die Mittel und Wege dzur Sicherung der Wiederwahl Bebels und Liebknechts“. Sie setzte ein „Sächsisches Zentralwahlkomitee“ in Crimmitschau ein, das aus Julius Motteler, Reinhold Schrapf und Julius Vahlteich bestand.⁶³ Natürlicher Schwerpunkt waren die bisherigen Wahlkreise Bebels und Liebknechts. „Die Parteigenossen in allen Orten des 17. und 19. Wahlbezirks werden aufgefordert, Wahlkomitees zu bilden, um sofort nach Ausschreibung der Wahlen je ein Bezirkswahlkomitee zu konstituieren“, drängte der „Volksstaat“, dessen Interimsredakteur Carl Hirsch appellierte, „uns für jeden Ort eine Adresse einzuschicken, an welche auf die Wahl Bebels und Liebknechts bezügliche Sendungen (Flugschriften Zeitungen etc.) zu adressieren sind“.⁶⁴ Die Einkerkung der führenden Köpfe der Partei – neben Bebel und Liebknecht auch Bonhorst, Bracke und Spier – wurde zur Motivation; durch ihre Wahl, so spornte der „Volksstaat“ an, würden sie mit Zusammentritt des Reichstages aus ihren Gefängnissen erlöst.

⁶³ „Der Volksstaat“, Nr. 8 vom 25. 1. 1871 (Einladung zur Landesversammlung) und Nr. 11 vom 4. 2. 1871 (knapper Bericht).

⁶⁴ „Der Volksstaat“, Nr. 6 vom 18. 1. 1871. Dieser Beleg für die zentrale Rolle des „Volksstaats“ bei der Organisation des Wahlkampfes und der wechselseitigen Information ist zu generalisieren.

Im XVII. Wahlkreis hatte sich Hermann Schulze-Delitzsch als Sammlungskandidat zur Kandidatur gegen Bebel bereitgefunden. Umso intensiver wurde die sozialdemokratische Wahlagitation betrieben. „In allen Städten und größeren Dörfern ... haben große Versammlungen stattgefunden (u.a. in Glauchau, St. Egidien, Hohenstein-Ernstthal, Lichtenstein-Callenberg, Thurm, Remse, Waldenburg, Rödlitz, Lungwitz, in Meerane 2 an einem Tage)“, konnte im „Volksstaat“ berichtet werden. Als Wahlteich am 5. Februar in Langenberg bei Hohenstein über „Prinzipien der Sozialdemokratie“ referierte, stömten zu seiner Unterstützung auch 60 Sozialdemokraten aus Hohenstein-Ernstthal und Oberlungwitz zum Versammlungsort.

Wilhelm Liebknecht hatte sich im XIX. Wahlkreis ebenfalls gegen einen prominenten linksliberalen Vertreter, den Dresdner Advokaten Eduard Minckwitz, zu behaupten, der bereits im Februar 1867 den Wahlkreis erobert hatte. Diesmal kandidierte der Schwager von Otto-Walster als alleiniger Anti-Liebknecht-Kandidat, dessen Stimmzettel nicht nur durch die Post, sondern vor Ort auch durch Unternehmer, Nachtwächter und Schulmeister, Ortsrichter oder Gemeindevorstände und Ortspolizisten, selbst Geistliche und Kirchenvorsteher verbreitet wurden – ein Verteilungssystem, mit dem die Arbeiter- und Volksvereine und die Wahlkomitees in dem weitverzweigten Wahlkreis flächendeckend nicht gleichzuziehen vermochten.

Die soziale Basis und das organisatorische Gerüst blieben hier deutlich hinter dem benachbarten Bebelschen Wahlkreis zurück. Am 22. Januar fand in Stollberg eine Versammlung statt, die Liebknecht zum Kandidaten nominierte und Stollberg zum Vorort des Kreises erwählte. Es werde „nunmehr auch mit Ernennung der Lokalkomitees ohne Weiteres vorgegangen werden“. Das Komitee des Arbeiter-, Lese- und Bildungsvereins zu Mülsen St. Niclas erließ einen Aufruf für Liebknecht und bat „alle Arbeiterbildungs- und ähnliche Vereine“, ihn „in demjenigen Blatt, welches bei ihnen am meisten gelesen wird, zum Abdruck bringen zu lassen“. Über 15 Versammlungen wurden in verschiedenen Orten abgehalten. Für den inhaftierten Liebknecht traten u.a. auch die Leipziger Carl Hirsch, Otto Emil Freytag

und selbst der Lassalleaner Julius Röthing aus Leipzig in die Schranken.⁶⁵ Gedruckte Stimmzettel konnten in Stollberg bei Glasermeister Rothbart, in Löbnitz bei W. Nötzel, in Geyer bei Ferdinand Richter, in Nieder-Zwönitz bei Roth, in Hormersdorf bei Kretschmar, in Oelsnitz bei Kunzmann und in Lugau bei Göldner in Empfang genommen werden. Diese Aufzählung gibt die Hauptstützpunkte der Wahlagitation wieder.

Auch in anderen Wahlkreisen entwickelte sich eine intensive Wahlagitation. Während „die Parteigenossen, sowie alle Arbeiter“ dringend zur persönlichen Prüfung der Wählerlisten ermahnt wurden, empfahl sich Friedrich Thiele, dessen Druckerei den „Volksstaat“ herstellte, „zur Anfertigung von Wahlaufrufen, Stimmzetteln und Plakaten unter Zusicherung prompter und geschmackvoller Ausführung sowie Notierung billigster Preise“.

Nachdem bereits am 21. Januar eine Arbeiterversammlung in der Leipziger Westendhalle Bebel zum Kandidaten auch für den XII. Wahlkreis proklamiert und ein dreiköpfiges Wahlkomitee ernannt hatte, am 7. Februar eine Volksversammlung mit 800-1.000 Personen „aus allen Klassen der Bevölkerung“ Bebels Kandidatur einhellig unterstützt hatte (ebenso – gegen eine Stimme – am 17. Februar im Saal „Zum Gosenthal“), bildete sich zu demselben Zweck eine „Freie Vereinigung unabhängiger Bürger“ unter Rechtsanwalt Otto Emil Freytag. Für den XXII. Wahlkreis, wo auf einer Delegiertenversammlung in Lengenfeld Wilhelm Bracke nominiert worden war, wurde ein „Demokratisches Wahlkomitee“ in Reichenbach unter Carl Neu gebildet, das sich „Unterkomitees“ in anderen Orten schuf. Die Agitation für Samuel Spier im XV. Wahlkreis leitete ein „Vereinigtes Arbeiterwahlkomitee“ in Mittweida, das am 17. Februar eine Volksversammlung in Burgstädt mit 700 Teilnehmern durchführte. Am 5. Februar fand in Rochlitz eine Besprechung im Arbeitervereinslokal statt, bei der Vertreter von Rochlitz, Wechselburg, Lunzenau, Geithain und Umgegend Leonhard von Bornhorst als Kandidaten für den XIV. Wahlkreis (der auch die nichtvertretenen

⁶⁵ Eckert, Liebknechts Briefwechsel, S. 376 f. (Briefe von Hirsch aus Löbnitz, 25. 2. 1871, und von Freytag aus Stollberg, nach dem 28. 2. 1871); Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten zur Neuesten Geschichte, Moskau, F. 200, op. 4, Nr. 395 und 397, C. Rothbart, Stollberg, 18.3. an Carl Hirsch (für Liebknecht), und 22. 3. 1871 an Natalie Liebknecht.

Orte Borna, Waldheim, Colditz, Lausigk usw. umfaßte) bestimmten und ein Wahlkomitee mit Schuhmachermeister Wilhelm Lehmann als Vorstand einsetzten. Eine „Privatbesprechung der Lokalvereinsvorstände“ stellte für den XIII. Wahlkreis (Leipzig Land) Johann Jacoby auf, für den sich auch der bisherige Vertreter Ferdinand Goetz aussprach. In Dresden-Altstadt (V. Wahlkreis) trat August Otto-Walster an, der auch in Pirna (VIII.) und Döbeln (X.) kandidierte. Im VI. Wahlkreis, der sich von Dippoldiswalde bis Tharandt erstreckte, wurde der Maurer Müller, Vorsitzender der Internationalen Maurer- und Zimmerer-Gewerksgenossenschaft, aufgestellt.⁶⁶

Mit einer Wahlbeteiligung von 45,1 Prozent lag Sachsen etwas unter dem Reichsdurchschnitt von 51,0 Prozent.⁶⁷ Während im Deutschen Reich ADAV und SDAP zusammen rund 124.000 Stimmen (3,2 Prozent) errangen, konnte in Sachsen, wo der ADAV kaum noch in Erscheinung trat,⁶⁸ die Sozialdemokratie mit 42.077 Stimmen 19,7 Prozent der Wähler für sich gewinnen (im Reichsdurchschnitt 3,2 Prozent).⁶⁹ Dieses Resultat wurde geprägt durch 8 Wahlkreis, in denen sozialdemokratische Kandidaten mehr als 25 Prozent der Stimmen erhielten: Graf Paar, habsburgischer Gesandter in Dresden, konstatierte, daß „namentlich in den industriellen Bezirken des

⁶⁶ Vorstehende Angaben, soweit nicht anders ausgewiesen, nach „Der Volksstaat“, Nr. 6 vom 18. 1. bis Nr. 18 vom 1. 3. 1871.

⁶⁷ Vgl. die außerordentlich materialintensiven Wahlanalysen bei Gerhard A. Ritter, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918*, München 1980, S. 38 ff.; ders., *Das Wahlrecht und die Wählerschaft im Königreich Sachsen 1867-1914*, in: ders. (Hg.), *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreiches*, München 1990, S. 49 ff.

⁶⁸ Försterling, der sein Mandat 1870 niedergelegt hatte, lehnte eine erneute Kandidatur nicht zuletzt aus existentiellen Gründen (Diätenlosigkeit!) ab, erhielt in seinem ehemaligen IX. Wahlkreis (Freiberg) dennoch 267 Stimmen. Der Lassalleaner J. Klinkardt stellte sich im XVI. Wahlkreis (Chemnitz) Wilhelm Bracke entgegen, blieb aber mit 987 weit hinter Bracke zurück, der 2972 Stimmen erhielt. Bisher nicht näher identifiziert werden konnten C. W. Köllner, der im I. Wahlkreis (Zittau) knapp 10 Prozent und im XXIII. Wahlkreis (Plauen) fast 7 Prozent der Stimmen erlangte, und der Schneider Walter, der im XX. Wahlkreis (Marienberg) auf nahezu 2000 Stimmen (18,3 %) kam.

⁶⁹ *Zeitschrift des K. Statistischen Landesamtes* 51 (1908), S. 173.

Königreichs Sachsen die Anhänger der Ansichten der Socialisten zahlreich sind“.⁷⁰

Ohne infolge ihrer Inhaftierung selbst in den Wahlkampf eingreifen zu können, erreichte Bracke im südwestlichen XXII. Wahlkreis (Reichenbach) 37 Prozent und in Chemnitz (XVI.) 25 Prozent der Stimmen, Spier kam im XV. Wahlkreis mit einem Wähleranteil von 32,7 Prozent sogar in die Stichwahl, die allerdings Prof. Carl Biedermann, Führer der sächsischen Nationalliberalen, klar für sich entschied.

Liebknecht, auf den im XIX. Wahlkreis (Schneeberg) fast 4000 Stimmen (42,1 Prozent) entfielen, unterlag seinem Rivalen von der Fortschrittspartei,⁷¹ dagegen vermochte Schrapf den Zwickauer Wahlkreis mit 5.875

⁷⁰ Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Politisches Archiv V/39, Bl. 196 f., Graf Paar (aus Dresden) an Frh. v. Beust (Wien), Bericht Nr. 33 B vom 29. 3. 1871.

⁷¹ Notizen aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis belegen, daß Liebknecht selbst aus der strengen Einzelhaft heraus die Agitation in seinem Wahlkreis voranzutreiben suchte. Neben Anweisungen wie „Stiefel rasch machen lassen, Kappe innen am linken Stiefel“, dem Wunsch nach einer Photographie seiner Kinder und der sorgenvollen Frage „Ob Marx' Laura (2. Tochter) in Paris ist ihrem Mann und Kind?“ enthält ein seiner Frau Natalie zugesteckter Kassiber Namen von Vertrauensleuten, u.a. „C. Demmler in Geyer, Hr. Webermeister Graupner in Stollberg (bei Chemnitz), Hr. Stötzel, Vorstand des Arbeitervereins in Löbnitz (Erzgebirge)“, die Mahnung „Mülser St. Niclas nicht zu vergessen; ebensowenig Schneeberg (Walster muß mich vertreten, aber auch Schrapf und Motteler in meinem Bezirk auftreten)“ und die Aufforderung: „Bergarbeiter betr. Schreibe an Graupner in Stollberg (sofort, noch bei Thiele), er soll den Bergarbeitern schleunigst sagen: Wenn man sie hindern will, ihre Stimme abzugeben, sollen sie, ohne Gewaltamkeiten (die sie nur ins Unrecht setzen würden) trotz allen Widerspruchs resp. Verbots ihre Bürgerpflicht erfüllen, und darauf ohne Zeitverlust folgendes tun: 1) Klage bei Stollberger Gericht, 2) Eingabe resp. Beschwerde an das Ministerium des Innern in Dresden, 3) Eingabe resp. Beschwerde an den Reichstag, vorbehaltlich einer Eingabe resp. Beschwerde an die sächsische Kammer; und endlich (durch Schrapf oder Freytag) Darlegung in den öffentlichen Blättern. – Wer Arbeiter an Stimmabgabe hindert, ist gesetzlich strafbar.“ Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten zur Neuesten Geschichte, Moskau, F. 200, op. 1, Nr. 393, Zettel für Natalie Liebknecht. Liebknecht brannte auf die öffentliche Abrechnung im Reichtagsplenum und fieberte den Wahlergebnissen entgegen. Hirsch stellte ihm umgehend die telegraphisch übermittelten Resultate zu:

	Liebknecht	Minckwitz		Liebknecht	Minckwitz
Stollberg	429	197	Brünnlos	39	12
Hohneck	69	15	Mittelsdorf	52	30
Gablenz	22	16	Lugau	126	40
Neuwies	45	14	Niederwürschnitz	200	41

Stimmen im ersten Wahlgang zu behaupten. Bebel konnte sogar das Votum von 60,5 Prozent (7.344 Stimmen) der Wähler für sich gewinnen. Im Glauchauer „Bergkeller“, dem „Hauptquartier der Sozialdemokraten“ am Wahlabend, waren alle Säle „zum Erdrücken gefüllt“; als die Siegesnachrichten aus den einzelnen Bezirken eintrafen, wollten „der Jubel und die Freude gar kein Ende nehmen“.⁷² Aus dem Leipziger Bezirksgerichtsgefängnis dankte Bebel seinen Wählern für das Vertrauen, das den Sieg über „die gefeiertste Größe des Liberalismus und Kapitalismus“ ermöglichte. „Es lebe die Sozialdemokratie! Das sei der Ruf, mit dem wir neuen Kämpfen entgegenziehen.“⁷³

Die Wahlen vom März 1871 in Sachsen sind schlagender Beleg für die mobilisierende Rolle des Wahlkampfes, der als Herausforderung begriffen wurde und – trotz vielfältiger Repressalien – zersprengte örtliche Mitgliedschaften reaktivierte, zerrissene Verbindungen wieder erstehen ließ. Und zwar als eine Herausforderung zu einer legalen Aktion, fixiert auf einen

Thalheim	167	190	Schneeberg	20	333
Gornsdorf	81	65	Geyer	167	255

„Ausständig noch Geyer (gut), Löbnitz (sehr gut), Aue und Grünhain (jedenfalls nicht schlecht), beide Schlema (faul), Elterlein (oberfaul), Hartenstein (schlecht), Mülsen-Niclas (ausgezeichnet).

Das schlimmste – Schneeberg – wäre bereits überstanden.“ Wenig später hieß es, datiert 5. März 1871, Vormittags halb 10 Uhr:

	Liebknecht	Minckwitz		Liebknecht	Minckwitz
Geyer	167	255	Oberdorf	16	4
Oelsnitz	212	124	Hormersdorf	93	45
Mülsen	395	71	Zwönitz	55	293
St. Niclas					
Löbnitz	322	240	Niederwürschnitz	200	41
Neuölsnitz	49	11	Schneeberg	20	333
Ober-	79	24	Niederzwönitz,	223	400
Würschnitz			Grünhain u.		
			Kühnheide		
Pfannenstiel	10	2	<i>Summa</i>	<i>2871</i>	<i>2432</i>

Ebd., Nr. 46 und „Der Volksstaat“, Nr. 20 vom 8. 3. 1871. Ausschlaggebend für Liebknachts Niederlage wurden außer Schlema, Elterlein und Hartenstein die Wahlergebnisse der noch ausstehenden Dörfer.

⁷² „Der Volksstaat“, Nr. 24 vom 22. 3. 1871, Korrespondenz aus Glauchau.

⁷³ Bebel, Aus meinem Leben, S. 333 f.

einzigem, handgreiflich-nahem Termin und mit einem in den beiden Wahlen von 1867 praktizierten, konkreten Handlungsverlauf: Bildung von Wahlkomitees, Verständigung mit Vertretern benachbarter Orte, Proklamation von Kandidaten, Volksversammlungen, wo es nur möglich war, Stimmzettel drucken und verteilen, Wahlverlauf kontrollieren. Diese auf ein unmittelbar vor Augen stehendes Ziel gerichteten gemeinsamen Anstrengungen, an denen „von unserer Seite selbst Frauen rührigen Antheil nahmen“⁷⁴, besaßen, zumal wenn Erfolge den Einsatz lohnten, eine integrative Wirkung. Wenn in dieser kritischen Situation jeder fünfte Wähler für sozialdemokratische Kandidaten votiert hatte, bezeugte dies die weit über die Mitgliedschaft hinausreichende politische Resonanz in der Bevölkerung. Obwohl infolge organisatorischer Schwächen weite Felder brach liegengelassen werden mußten, erwiesen sich Wahlkampf und Wahlergebnisse als ein wesentlicher Faktor zur Überwindung der Existenzkrise der Partei. Eine neue Ausgangsbasis war gewonnen.

Der Mitte August 1871 in Dresden tagende Parteikongreß der SDAP, auf dem 56 Delegierte 6.255 Mitglieder aus 81 Orten vertraten, solidarisierte sich mit der blutig niedergeworfenen Pariser Kommune – und behandelte u.a. die Wahlrechtsproblematik mit dem Appell, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts“ auch für die Landtags- und Gemeindewahlen zu agitieren.

Es war symptomatisch, daß der einzige Sozialist unter den damals 382 Reichstagsabgeordneten – August Bebel – im Königreich Sachsen gewählt wurde.⁷⁵ Als ihm im Zusammenhang mit dem Leipziger Hochverratsprozeß das Reichstagsmandat gerichtlich aberkannt wurde, stellte sich Bebel – als „Hochverräter“ zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt und in der Landesgefängenenanstalt Hubertusburg einsitzend – erneut der Wahl, die am 20. Januar 1873 stattfand. Mit 10.470 Stimmen (71,2 Prozent) deklassierte er

⁷⁴ „Der Volksstaat“, Nr. 24 vom 22. 3. 1871, Korrespondenz aus Glauchau.

⁷⁵ Der ADAV hatte 37 offizielle Kandidaturen nominiert, konnte jedoch kein einziges Mandat gewinnen. Daß Schweitzer seine Position als Reichstagsabgeordneter verlor, entschied – neben dem Verlust des „Sozialdemokrat“, den er finanziell nicht mehr zu halten vermochte – wesentlich mit über sein politisches Schicksal – ein Indiz für die Bedeutung des Abgeordnetenmandats.

nicht nur seinen Gegenkandidaten, den Glauchauer Bezirksgerichtsdirektor Friedrich Ernst Petzold,⁷⁶ sondern führte damit auch das von der sächsischen Regierung gesteuerte Gerichtsurteil ad absurdum.⁷⁷

Wenn die sächsischen Wahlergebnisse die innere Konsolidierung und äußere Ausstrahlungskraft der „Bebel-Liebknachtschen Richtung“ wesentlich voranbrachten, dann blieb als kommende Aufgabe das Credo, dem sich das Wahlkomitee für den 14. Wahlkreis (Borna, Penig, Mittweida, Rochlitz usw.) verpflichtet fühlte: „An den Orten, wo unsere Parteigenossen organisiert sind, [gewannen wir] die Mehrheit, die anderen Orte bewirkten uns eine Niederlage. Wir werden nunmehr unsere Organisation auf den ganzen

⁷⁶ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, MdI Nr. 865a, Bl. 227 f.

⁷⁷ Die überaus intensive Wahlagitation erreichte hier auch die Dörfer. „Der Volksstaat“ veröffentlicht in Nr. 10 vom 1. 2. und Nr. 12 vom 8. 2. 1873 folgende Übersicht über die örtlichen Wahlergebnisse:

	Bebel	Petzoldt		Bebel	Petzoldt
Glauchau	2170	1083	Wernsdorf	147	37
Gesau	121	29	Ober-Rothenbach	5	26
Schönbörnchen	6	8	Schlunitz	26	12
Ober-Schindmaas	49	11	Meerane (mit Umgegend)	2758	626
Nieder-Schindmaas	5	2	Waldenburg	243	141
Höckendorf	24	10	Alt-Waldenburg (mit Eichlaide)	124	21
Voigtlaide	51	3	Altstadt-Waldenburg	119	37
St. Egidien	105	44	Langenchursdorf	94	46
Rüßdorf	38	19	Hohenstein-Ernstthal (Oberlungwitz)	1894	771
Remse	131	58	Stangendorf	68	11
Rothenbach	66	29	Nieder-Mülsen	36	18
Hohndorf	35	64	Thurm	210	31
Bernsdorf	133	56	Neudörfel	130	14
Rödlitz	113	70	Mülsen St. Jacob	512	88
Callenberg	318	95	Mülsen St. Michael (Micheln)	266	25
Lichtenstein	323	298	Schwaben	15	17
Albertsthal	48	15	Ziegelheim u. Uhlmannsdorf	46	49
Berthelsdorf	-	9	Breitenbach u.a.*	19	68
Jerisau	7	22	Bräunsdorf	17	25
Lipprandis	9	13	Callenberg bei Waldenburg	112	40
Lobsdorf	16	14	Dürnuhlsdorf	20	4
Niederlungwitz	108	38	Falcken	74	5
Reinholdshain,	34	15	Franken	2	20
Kl.bernsdorf					
Wulm	3	13	Grumbach	49	11
Mosel	25	7	Niederwinkel	16	14
Hernsdorf	102	54	Denneritz	56	44
Meinsdorf	17	13	Pafferda u. Dittrich	3	19
Jüdenhain	28	12	Reichenbach u. Tirschheim	83	28
Kuhschnappel	73	23	Oberwiera	20	14

* (Wünschendorf, Tettau, Oberdorf, Harthau, Neukirchen und Sickersdorf)

Bezirk ausdehnen und können dann von den nächsten Wahlen ein besseres Resultat erhoffen“.⁷⁸

Die Periodizität der Reichstagswahlen wirkte als wichtiges Ferment des Organisationsprozesses und der Agitationsarbeit: „Die nächsten Wahlen“ wurden nicht nur im XIV. Wahlkreis sofort als Auftrag aufgefaßt, eine wirkliche oder vermeintliche Scharte auszubügeln und „ein besseres Resultat“ zu erzielen.

V. Durchbruch: Die Reichstagswahl von 1874 und die Vereinigung von Gotha 1875

Die Reichstagswahl vom Januar 1874 wurde lange vor dem Wahltermin bereits durch den Eisenacher Kongreß der SDAP vorbereitet, der Ende August 1873 tagte, u. a. über die Aufstellung parteioffizieller Kandidaten entschied und die Organisation des künftigen Wahlkampfes einleitete. Das war möglich durch die Periodizität der Reichstagswahlen, die eine frühzeitige Einleitung der gewiß nicht ausschließlich nicht , aber doch schwerpunktmäßig als Wahlvorbereitung ausgerichteten Agitationsarbeit erlaubte. Dieser politischen Aktion dienten Versammlungen, Agitationsreisen u.a. von Auer (verhaftet), Motteler, Ufer, Uhle (verhaftet, gegen 55 Tlr. Kautionsfreigelassen), Gründungen neuer Mitgliedschaften bzw. lokaler Vereine, Bildung von Wahlcomitees (Landes-Wahlausschuß für Sachsen unter Leitung von Ignaz Auer, Central-Wahlkomitees für die meisten Wahlkreise, lokale Wahlkomitees), schlagartige Verbreitung von Flugblättern (in einem Wahlkreis wurden 11.000 Exemplare binnen zwei Tagen verteilt), Wahlkampf-Extrasteuern (die Leipziger Mitgliedschaft legte sich monatlich zusätzlich 2½ Ngr. = 5 Brote auf) bis hin zu einer Spezialkarte Sachsens, die von der Genossenschaftsbuchdruckerei zur Wahlagitation herausgegeben wurde. „Daß die Ausbreitung der Partei der jetzigen Wahlagitation zugeschrieben werden muß, unterliegt keinem Zweifel“, konnte der Parteiausschuß mit

⁷⁸ „Der Volksstaat“, Nr. 21 vom 11. 3. 1871.

Verweis auf sich häufende Gründung von Mitgliedschaften bereits im Vorfeld feststellen.⁷⁹ Wirkungsvoll für das politische Niveau des sozialdemokratischen Wahlkampfes wurde die von Bebel in seiner Hubertusburger Haftzeit verfaßte Broschüre „Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie 1871-1874“, die eine neue Sparte politischer Literatur darstellte.⁸⁰

Dem sozialdemokratischen Wahlkampf kam – nicht nur in Sachsen – zugute, daß im Zusammenhang mit der Hochkonjunktur der Gründerjahre die elementare Arbeiterbewegung aktiviert war und die sozialdemokratischen Agitatoren große Resonanz fanden. Viele gewerkschaftliche Organisationen engagierten sich in ihren Berufen, auch durch Branchenversammlungen, für sozialdemokratische Kandidaten. Erstmals konnten sozialdemokratische Kandidaturen in 22 der 23 sächsischen Wahlkreise aufgeboten werden, wobei sich Bebel und Liebknecht jeweils dreimal, Jacoby zweimal zur Wahl stellten.⁸¹

Bei einer Wahlbeteiligung von rund 50 Prozent erreichte die Sozialdemokratie – obwohl der Wahltermin auf einen Samstag, also einen Lohntag fiel – am 10. Januar 1874 mit 92.180 Stimmen einen Anteil von mehr als 35 Prozent und konnte in sieben der 23 Wahlkreise die Majorität und damit das Mandat gewinnen. Erstmals erwies sich die Sozialdemokratie in einem deutschen Einzelstaat als wählerstärkste Partei.⁸²

⁷⁹ „Der Volksstaat“ Nr. 130 vom 31. 12. 1873.

⁸⁰ Vgl. Gustav Seeber, „Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage“ (originalgetreue Reproduktion) mit einer Einführung: Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung ihrer revolutionären Parlamentstaktik von 1867 bis 1893, Berlin 1966.

⁸¹ „Sozialistenfrei“ blieb nur der II. Wahlkreis Löbau. Bebel kandidierte in „seinem“ XVII. Wahlkreis Glauchau-Meerane und – nicht gänzlich chancenlos – in Leipzig-Stadt (XII.), während seine Nominierung im benachbarten XI. Wahlkreis (Oschatz, Wurzen Grimma usw.) eine reine Zählkandidatur war. Dies traf auch auf Liebknechts Kandidatur im XX. Wahlkreis (Sayda/Marienberg) zu; der an „seinen“ XIX. Wahlkreis (Stollberg/Schneeberg usw.) angrenzte. Dagegen konnte Liebknecht in dem noch weitgehend ländlich geprägten IV. Wahlkreis (Dresden rechts der Elbe) zwar noch nicht den sächsischen Generalstaatsanwalt Schwarze in Bedrängnis bringen, wohl aber die sozialdemokratische Offensive vorantreiben.

⁸² Die Position als wählerstärkste Partei in Sachsen konnte die Sozialdemokratie mit Ausnahme von 1881 und den „Faschingswahlen“ von 1887 behaupten. Nur in einem Wahlkreis (II-Löbau) konnten 1874 keine sozialdemokratischen Stimmen erzielt werden.

Schwerpunkte der sozialdemokratischen Wahlerfolge bildeten vier Wahlkreise um Dresden (IV.-VII.) und vor allem die von Leipzig bis ins Erzgebirge/ Vogtland reichenden Wahlkreise IX (Freiberg), XII-XXII (nur XXI-Annaberg und XXIII-Plauen machten eine Ausnahme). In den vier „Dresdner Wahlkreisen“ IV-VII sowie in den Wahlkreisen X-Döbeln und XIV-Borna errangen ihre Kandidaten einen beträchtlichen Stimmenanteil, im XXII. Wahlkreis (Reichenbach) gewann Theodor York 6.515 Stimmen und verfehlte lediglich mit einer Differenz von 266 Stimmen das Mandat. In weiteren sieben Wahlkreisen aber erlangte die Sozialdemokratie die absolute Majorität. Gewählt wurden neben Bebel (XVII.) und Liebknecht (XIX.), die beide noch ihre „Hochverratshaft“ in Hubertusburg verbüßten, August Geib (IX.-Freiberg), Julius Vahlteich (XV.-Mittweida), Johann Most (XVI.-Chemnitz) und Julius Motteler (XVIII.-Zwickau). Es waren die führenden Köpfe der SDAP, die damit in sächsischen Wahlkreisen das Reichstagsmandat gewannen. Die Position als wählerstärkste Partei beruhte auf einer mit Ausnahme der Oberlausitz fast flächendeckenden Basis. Das sächsische Beispiel demonstrierte, was möglich war, und wirkte anspornend für die Wahlkampforganisation in anderen Teilen des Deutschen Reiches.

Im Reichsmaßstab hatten nahezu 61 Prozent der Stimmberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht (in Sachsen nur knapp 50 Prozent). Die sozialdemokratischen Kandidaten konnten mit 351.952 Stimmen 6,8 Prozent der Wähler für sich gewinnen. Die noch „feindlichen Brüder“ erwiesen sich als annähernd gleich stark: ADAV-Kandidaten erreichten rund 180.000, die der SDAP angehörigen Kandidaten 171.000 Stimmen. In Sachsen kam es wiederum nur vereinzelt zu lassalleanischen Kandidaturen, die keine Bedeutung besaßen.⁸³

Der sozialdemokratische Stimmenanteil betrug in zwei Wahlkreisen unter 10 %, in vier Wahlkreisen zwischen 10 und 20 %, in 16 Wahlkreisen jedoch über 20, zumeist wesentlich über 30 %.

⁸³ In drei Wahlkreisen traten ADAV-Kandidaten den SDAP-Bewerbern gegenüber: In Bautzen (III. Wahlkreis) der Zigarrenarbeiter Hugo Keller gegen den Drechsler Daschner aus Dresden (421 bzw. 513 Stimmen), in Zschopau-Marienberg (XX.) Toelcke gegen den noch in Hubertusburg sitzenden Liebknecht, der nur als Zählkandidat aufgestellt war (561/421 Stimmen), in Plauen (XXIII.) Zigarrenarbeiter Zwiebler aus Altenburg gegen

Von den insgesamt 397 Reichstagswahlkreisen (nunmehr mit den „Reichslanden“ Elsaß-Lothringen) hatten sozialdemokratische Kandidaten in 162 Wahlkreisen (40 Prozent) Stimmen erzielen können. Das kleine Sachsen stellte mehr als ein Viertel (26,2 Prozent) aller sozialdemokratischen Wähler des Deutschen Reiches.

Der bis dahin beispiellose sozialdemokratische Wahlerfolg in einem deutschen Einzelstaat belegte, daß die im August 1869 zu Eisenach gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine qualitativ neue Position gewonnen hatte. Das betraf sowohl die breite Resonanz in der werktätigen Bevölkerung als auch die Ausbreitung und Wirksamkeit des Organisationsnetzes,⁸⁴ das mittels einer Vielzahl verschiedenartiger Arbeiter- und Volksvereine, die für die Wahlen mobilisiert werden konnten, ganz Sachsen überzog, wobei nicht nur die Großstädte Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau als Kristallisationszentren wirkten.

Graf von Solms, der preußische Gesandte am Dresdner Hof, berichtete von „der musterhaften Disziplin“ der sozialdemokratischen Akteure. Die Königlich Sächsischen Minister seien „sehr betreten über die aus den Wahlen sich ergebende Zahl von Sozialdemokraten oder wenigstens die Menge der ihrem Einflusse gehorchenden Wähler. Ein solches Wachsen der Partei hatte Niemand erwartet“.⁸⁵ Im gleichen Tenor informierte Frh. v. Franckenstein, der österreichische Gesandte in Dresden, über die „Rührigkeit, Parteidisziplin und numerische Stärke“ der Sozialdemokratie in Sachsen; die Regierungskreise seien „um so unangenehmer berührt, als man einer solchen Eventualität, welche auf die Stimmung der Städte und Fabrikdistrikte ein höchst

den Glauchauer Webermeister Albert (370/1.650 Stimmen). Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl Nr. 865b, Bl. 160 f.

⁸⁴ Ein Indiz ist die Zunahme der Abonnenten des „Volksstaats“, die im 1. Quartal 1871 2.790, im 1. Quartal 1874 7.400 betragen. Hinzu kamen als sächsische Lokalzeitungen die „Chemnitzer Freie Presse“ (1871 ca. 1.200, 1874 etwa 3.000 Abonnenten), der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“ (1873 rund 2.500 Abonnenten) und der „Dresdner Volksbote“ (1874 ca. 4.000 Abonnenten).

⁸⁵ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, R 3196, [Preußische] Gesandtschaft zu Dresden, 1874, unpag., Bericht Nr. 4 vom 16. 1. 1874. Bismarck strich diesen Passus an und vermerkte „Gegengewicht“ an der Stelle, wo v. Solms auf ein „Wachsen der nationalliberalen Partei in Dresden“ hinwies.

bedenkliches Licht wirft, nicht gewärtig war.“⁸⁶ Frh. von Friesen, als Finanz- und Außenminister der entscheidende Mann im sächsischen Gesamtministerium, beschwor angesichts „des üblen Eindrucks, welchen die sächsischen Wahlen in Berlin machen müssen“, nunmehr „die Notwendigkeit eines Zusammengehens der Regierung mit allen ordnungsliebenden Elementen im Lande“, also auch mit den Nationalliberalen.⁸⁷

Auch Johann Jacoby erlangte im XIII. Wahlkreis (Leipzig-Land) die Majorität, für den nach einem intensiv geführten Wahlkampf in der Stichwahl 7.577 Wähler votierten (gegen 6.674 Stimmen, die auf den von den Konservativen aufgestellten Dr. Karl Heine entfielen). Jacoby indessen faßte die Kandidatur nur als einen „entschiedenen Protest ... gegen das neue deutsche Kaiserreich wie gegen das ganze jetzt herrschende Regierungssystem“⁸⁸ auf und lehnte die Annahme des Mandats ab.

Damit fand Jacoby jedoch kein Echo. In ihrer Gesamtposition gewiß weitergreifend als Jacoby, sahen die führenden Köpfe der „Eisenacher“ Partei, die von der sächsischen Basis aus in den Deutschen Reichstag einrückten, in dem Wahlerfolg mehr als nur eine bloße Demonstration, vielmehr zugleich die Verpflichtung, das schwer erkämpfte Mandat energisch wahrzunehmen, sich auch im Parlament als Sachwalter der Volksinteressen zu bewähren. Anders ausgedrückt: ohne ihre weiterreichenden Gesellschaftsauffassungen preiszugeben, hatten sie im Auftrag ihrer Wähler Alternativen innerhalb des bestehenden Systems zur Geltung zu bringen, die sowohl in grundsätzlicher Kritik (insbesondere am Militarisierungsprozeß) Ausdruck fand als auch in der vielgeschmähten „positiven Parlamentsarbeit“, die Bebel bereits – im Gegensatz zu Liebknecht – in dem Ringen um die Gewerbeordnung 1869 praktiziert hatte, die teil- oder schrittweise „nur“ auf soziale Verbesserungen und demokratische Fortschritte ausgerichtet sein konnte, potentiell jedoch eine – und keineswegs kleinliche – Innovationsforderung darstellte.⁸⁹

⁸⁶ Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof und Staatsarchiv, Politisches Archiv V (Sachsen), Nr. 41 (1872-1874), Bl. 9 ff., Berichte Nr. 3 und 4 C vom 16. und 24. 1. 1874.

⁸⁷ Ebd., Bl. 19, Bericht Nr. 4 C vom 24. 1. 1874, Rede bei einem Festessen der II. Kammer.

⁸⁸ Zit. nach Rolf Weber, *Das Unglück der Könige, Johann Jacoby 1805-1877. Eine Biographie*, Berlin 1987, S. 301.

⁸⁹ Pracht, *Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie*, S. 35 ff.

Der parlamentarische Bereich war wichtiger Bestandteil jenes Prozesses, in dem sich die Partei Bebels und Liebknechts auf die „relativ friedliche Phase des Klassenkampfes“ im Nationalstaat ungeliebt Bismarckscher Prägung einstellte, allerdings nicht im Sinne einer schwächlichen Anpassung, sondern in der Funktion einer zukunftssträchtigen Gegenkraft.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Vereinigung der „Eisenacher“ Partei (rund 9.000 Mitglieder) und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (rund 16.000 Mitglieder), die von den Reichstagsabgeordneten beider Parteien während der Parlamentstagungen maßgeblich vorbereitet und 1875 in Gotha erfolgreich vollzogen wurde, besondere Bedeutung.⁹⁰ Die Arbeiterbewegung überwand damit die Spaltung und den kräftezehrenden Bruderkampf und fand zu gemeinsamer Basis und einheitlichem Handeln. Was bei den von jeweils aktuellen Bezügen und ideologischen Prämissen ausgehenden Interpretationskapriolen und den traditionellen Beckmessereien ob dieser Vereinigung gänzlich ignoriert wurde, das ist die Tatsache, daß sich mit der SDAP und dem ADAV nicht nur die größten der politischen Arbeiterorganisationen sozialistischer Zielstellung verschmolzen, sondern daß es im Weltmaßstab die einzigen sozialistischen Parteien waren. Die I. Internationale war 1872 – wenngleich alles andere als wirkungslos – zugrunde gegangen, in Frankreich hatte der „weiße Terror“ nach der Pariser Kommune selbst die Artikulierungs-, geschweige denn die Organisationsmöglichkeiten, sozialistischer Kräfte vernichtet, in England setzte sich der „alte Tradeunionismus“ durch, politisch lediglich Anhängsel teils der liberalen, teils der konservativen Partei, in Österreich-Ungarn zerbrach die Arbeiterpartei an Repressalien und vor allem an inneren Auseinandersetzungen.

ADAV und SDAP waren im internationalen Maßstab die einzigen parteipolitisch existierenden Überlebensträger der sozialistischen Bewegung. Mit der Gothaer Vereinigung von 1875, die diese Funktion nicht schwächte,

⁹⁰ Wolfgang Schröder, Der „Berliner Entwurf“ des Vereinigungsprogramms von 1875 und seine Stellung im Vereinigungsprozeß von SDAP und ADAV. Die erste Fixierung der Programm- und Organisationsvorstellungen für eine vereinigte Arbeiterpartei vom Januar 1875, in: Jahrbuch für Geschichte 21 (1980), S. 169 ff.; Erich Kundel, Marx und Engels im Kampf um die revolutionäre Arbeitereinheit. Zur Geschichte des Gothaer Vereinigungskongresses von 1875, Berlin 1962.

sondern ganz im Gegenteil erheblich stärkte, entsprach die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands dieser ihrer internationalen Verantwortung. Ein Ferment dieser Vereinigung waren übrigens Absprachen speziell für Stichwahlen in einzelnen Reichstagswahlkreisen,⁹¹ und bezeichnenderweise wurde die Vereinigung von ADAV und SDAP wesentlich durch die Reichstagsabgeordneten beider Fraktionen vorbereitet.

VI. „Musterung“ am Vorabend des Sozialistengesetzes:
Die Reichstagswahlen 1877 und 1878

Die Reichstagswahlen von 1877 und 1878 standen einerseits ganz im Zeichen der gravierenden Wirtschaftskrise, die die Aktivität der elementaren Arbeiterbewegung drastisch minderte, und andererseits des antisozialistischen Feldzuges, der durch die „Ära Tessendorf“ eingeleitet wurde und schließlich im Sozialistengesetz mündete. In Sachsen wurde das Wahlschehen mehr und mehr vom „Kartell“ der „staatserhaltenden Ordnungsparteien“ geprägt, das sich zwar nicht ohne Querelen, aber – von Stichwahlabkommen ausgehend – zunehmend vor allem in den am meisten „sozialistengefährdeten“ Wahlkreisen durchsetzte und Ausdruck der gegen die Sozialdemokratie gerichteten politischen Polarisierung war.⁹²

Parteilpolitische Basis dafür waren die Neuformierung der Konservativen Partei in Sachsen 1875 (also noch vor der Deutsch-Konservativen Partei in Preußen), die nach der Reichsgründung sukzessive erfolgte Nivellierung des Antagonismus gegen die als „Annexionisten“ verteufelte nationalliberale Partei und die Erosion des linksliberalen Flügels, der seine Position zwischen den Konservativen bzw. Nationalliberalen einerseits, der Sozialdemokratie andererseits nicht behaupten konnte und rasant an Einfluß verlor.

⁹¹ Aufsehen erregte der – umstrittene – Beschluß der Berliner Mitgliedschaft der „Eisenacher“ Partei, Wilhelm Hasenclever, den Präsidenten des ADAV, in der Stichwahl im Wahlkreis Berlin IV gegen den Rivalen von der Fortschrittspartei zu unterstützen.

⁹² Vgl. die Gesamtanalyse von Gerhard A. Ritter, Wahlen und Wahlpolitik im Königreich Sachsen 1867-1914, in: Simone Lässig/Karl-Heinrich Pohl, Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Dresden 1997, S. 29 ff.

Die nunmehr geeinte Sozialdemokratie gewann bei den Reichstagswahlen vom 10. Januar 1877 im Deutschen Reich nahezu eine halbe Million Stimmen – 493.288 oder 9,1 Prozent – und zwölf Mandate. Mit sieben Abgeordneten stellte Sachsen mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder: Adolph Demmler (XIII-Leipzig Land), Johann Most (XVI-Chemnitz), Wilhelm Bracke (XVII-Glauchau; Nachwahl anstelle von Bebel), Julius Motteler (XVIII-Zwickau), Wilhelm Liebknecht (XIX-Stollberg) und Ignaz Auer (XXII-Reichenbach). Bebel eroberte in der Stichwahl – offenbar mit Unterstützung der Fortschrittspartei und, zumindest teilweise, aus partikularistischen Motiven auch konservativer Kräfte – erstmalig den „Königskreis“ Dresden-Altstadt.

Im Königreich Sachsen rekrutierte die Sozialdemokratie mit 123.978 Stimmen (wiederum ein Viertel aller sozialdemokratischen Stimmen im Deutschen Reich) einen Wähleranteil von 37,8 Prozent; zwei von fünf Wählern stimmten für die Arbeiterpartei.⁹³

„Glückauf zur jüngsten Musterung der sozialdemokratischen Streitkräfte in Deutschland“, gratulierte Marx,⁹⁴ und Engels pickte die delikate Information heraus, „daß Kaiser Wilhelm, der König von Sachsen und das kleinste Fürstlein Deutschlands [der Fürst von Reuß] alle drei in Wahlkreisen wohnen, die von sozialistischen Arbeitern vertreten werden. ... Die moralische Wirkung, sowohl auf die sozialistische Partei, die mit Freude ihre Fortschritte feststellt, als auch auf die Arbeiter, die noch indifferent sind, und auf unsere Feinde ist gewaltig.“⁹⁵

Die Wahlerfolge waren, durch ständige „stille“ Agitations- und Organisationsarbeit zwischen den Wahlen bis zum kampagnemäßigen Einsatz während des aktiven Wahlkampfes, hart erkämpft worden. Und sie wurden erstritten gegen zunehmende Repressalien – von Saalabtreibungen über Beschlagnahme von Flugblättern und Stimmzetteln bis zu Maßregelungen

⁹³ Derselbe Stimmenanteil konnte – erstmalig – in Berlin erreicht werden, wo Wilhelm Hasenclever im IV. und Friedrich Wilhelm Fritzsche im VI. Wahlkreis durchdrangen.

⁹⁴ Marx an Wilhelm Bracke, 21. 1. 1877, in: Marx-Engels-Werke (= MEW), Bd. 34, S. 242.

⁹⁵ Engels (Brief an Bignami über die deutschen Wahlen von 1877), in: MEW, Bd. 19, S. 89.

und Ausweisungen – und Wahlmanipulationen aller Art, die 1878 im Sozialistengesetz kulminierten.⁹⁶

Die von der Sozialdemokratie gewonnene Massenbasis aktivierte die Gegenseite. Es war bezeichnend, daß der sächsische Innenminister v. Nostitz-Wallwitz die sozialdemokratischen Wahlerfolge „dem im Siegesrausch entstandenen Wahlgesetze sowie dem in Deutschland uneingeschränkten Vereinigungs-Rechte“ anlastete.⁹⁷ Sachsen wurde zum Vorreiter eines „Kartells der staatsertreuenden Ordnungsparteien“ gegen die „Umsturzpartei“, das – vorangetrieben durch die Staatsbehörden – zumindest seit 1874 Gestalt annahm und sich, ungeachtet aller Kontroversen, bis zur Jahrhundertwende fortschleppte. Dieser die politische Polarisierung im Königreich charakterisierende „Ordnungsbrei“ reichte von den strammsten Konservativen über die Nationalliberalen bis an linksliberale Gruppierungen heran, die sich in Wahlkreisen, in denen ein hoher sozialdemokratischer Wähleranteil zu erwarten war, auf einen gemeinsamen Kompromißkandidaten einigten, der den Sieg des Sozialdemokraten durch Bündelung aller nicht- oder antisozialdemokratischen Stimmen verhindern sollte. Hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet, zielte dieses Kartell zugleich auf die Zerschlagung des linksliberalen Flügels, der sich zwischen „Ordnungsparteien“ und Sozialdemokratie schließlich nur in Rudimenten erhalten konnte bzw. als paralysierter „sächsischer Kammerfortschritt“ in das antisozialdemokratische Bündnis einbezogen wurde. Versuche zur Etablierung einer demokratischen Partei 1879/81, für die sich insbesondere der Leipziger Verleger Fintel engagierte, versandeten erfolglos. Die Sozialdemokratie blieb als sozialistische Partei der Kristallisationspunkt auch der demokratischen Kräfte.

⁹⁶ Das Parlament hatte die Entscheidung über Mandatsgültigkeit durchgesetzt und erreichte durch Wahlprüfungen, daß der Willkür der Behörden allmählich Grenzen gesetzt wurden. „Die Beanstandung der Wahlen sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter wird epidemisch“, klagte der sächsische Bundesbevollmächtigte in Berlin am 9. 2. 1883. Über ein Viertel – sechs von 23! – der Wahlen in Sachsen wurde vom Reichstagsplenium mit Hinweis auf Verbote von Wahlversammlungen, Beschlagnahme von Stimmzetteln und amtliche Wahlbeeinflussungen infragegestellt. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 5380, Bl. 18.

⁹⁷ Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof und Staatsarchiv, Wien, PA V/42, unpag., Bericht des österreichischen Gesandten Frh. v. Frankenstein, Nr. 3 A vom 20. 1. 1877.

Der „Ordnungsbrei“ förderte die Radikalisierung der gesellschaftlich ausgegrenzten und verfolgten Sozialdemokratie, deren Massenbasis wohl in einzelnen Wahlkreisen reduziert, aber nicht zerstört werden konnte, und schon gar nicht in Sachsen.

Die Sozialdemokratie konnte ihren Stimmenanteil 1877/78 nicht nur erhalten, sondern auf knapp 38 Prozent erhöhen, was vor allem aus Zuwächsen in den Wahlkreisen resultierte, die bisher noch zurückgeblieben waren. In XXI-Annaberg explodierte der Stimmenanteil von 9,3 (1877) auf 30,7 Prozent 1878! In den 23 sächsischen Wahlkreisen wurden 1877 rund 25 Prozent, 1878 ca. 29 Prozent aller sozialdemokratischen Wählerstimmen im Deutschen Reich aufgebracht; 1877 hatten sieben von zwölf, 1878 sogar sechs von neun sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten das Mandat aus sächsischen Wahlkreisen.

VII. *Durchbrechen des Sozialistengesetzes: Die Reichstagswahl 1881*

Das Sozialistengesetz vernichtete auch in Sachsen radikal die meisten der legalen Arbeiterorganisationen und unterdrückte die bisherigen Kommunikationsmittel. Die Resonanz der als „Kaisermörder“ verteufelten Sozialdemokratie in den Volksmassen wurde wesentlich vermindert, zumal die elementare Arbeiterbewegung durch die Korrespondenz von Unterdrückungspolitik und tiefgreifender Wirtschaftskrise mit grassierender Arbeitslosigkeit auf einen Tiefpunkt absank.⁹⁸ Nicht so sehr in den großstädtischen Ballungsgebieten, wohl aber in einer Unmenge kleinerer Orte wurden sozialdemokratische Stützpunkte gänzlich zerstört, lokale Funktionäre durch Rufmord, Maßregelungen oder Repressalien vertrieben.⁹⁹ Viele Indizien sprechen m. E. dafür, daß Marx und Engels in London nicht erwarteten, daß die deutsche Sozialdemokratie diese bisher schwerste Bewährungsprobe durchzustehen in der Lage sei, zumal die verfolgte Partei

⁹⁸ Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992, S. 56 ff. und passim.

⁹⁹ Horst Bartel u.a., *Das Sozialistengesetz 1878-1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz*, Berlin 1980, S. 98 ff.

durch aufbrandende innere Auseinandersetzungen erschüttert wurde, die aus den gravierend veränderten Kampfbedingungen resultierten.¹⁰⁰ Wie mit Bismarcks reaktionärer Wende 1877/79 beabsichtigt, verschob sich auch innerhalb des bürgerlichen Lagers der Schwerpunkt deutlich nach rechts, zu dem konservativen Flügel: Die Liberalen aller Schattierungen mußten empfindliche Einbußen hinnehmen, die Konservativen legten zu.

In dieser kritischen Situation kam für die Sozialdemokratie der Reichstagswahl vom Oktober 1881 – vier Monate nach der Verhängung des „Kleinen Belagerungszustandes“ über Leipzig und der Ausweisung der wichtigsten Funktionäre – eine Schlüsselrolle zu. „Wir haben zu beweisen, daß wir leben“, faßte der illegale „Sozialdemokrat“ die Prämisse des Wahlkampfes zusammen.¹⁰¹ Der Wydener Parteitag von 1880 beendete eine aus der Umstellung auf die gravierend veränderten Kampfbedingungen resultierende Periode schärfster innerparteilicher Auseinandersetzungen und beschloß in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich die von ultralinken Positionen infragegestellte Beteiligung an den Reichstagswahlen. Die Absicht Bismarcks, sozialdemokratischen Kandidaten das passive Wahlrecht zu entziehen, scheiterte im Reichstag am Widerstand der gegen Bismarcks Machtpolitik mißtrauischen Liberalen. Indem bei den Reichstagswahlen Personen mit politischem Programm, nicht aber Parteien in den einzelnen Wahlkreisen antraten, konnte die unter Ausnahmerecht gestellte Sozialdemokratie sich an den Wahlen beteiligen.

Die Bedingungen für den Wahlkampf waren jedoch äußerst erschwert.

Es waren nicht nur die sozialdemokratischen Organisationen aufgelöst oder unterdrückt, sondern es wurden selbst Stimmzettel, erst recht Wahlflugblätter beschlagnahmt, Verteiler eingesperrt und verurteilt. Beteiligung an der Verbreitung sozialdemokratischer Stimmzettel hieß, wenn es publik wurde,

¹⁰⁰ Hier kann nur auf den bekannten „Zirkularbrief“, der gleichsam testamentarischen Charakter trägt, die Verweigerung der Mitarbeit am illegalen „Sozialdemokrat“ oder auch auf das Verhältnis zu dem nach London emigrierten Johann Most und zu seiner „Freiheit“ verwiesen werden, der – wie Hasselmann – peu à peu ins anarchistische Lager abglitt und geraume Zeit im Londoner Arbeiterbildungsverein eine Basis fand.

¹⁰¹ Vgl. Ernst Engelberg, *Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878-1890*, Berlin 1959, S. 136 ff.

Maßregelung im Beruf und meist Inhaftierung, und in den Dörfern drohten Bauernknüttel und Hunde, von pastoralen Verwünschungen ganz zu schweigen. In Dresden, wo mehrfach Sendungen mit Stimmzetteln beschlagnahmt wurden, mußte sich Bebel selbst für deren Verteilung exponieren: Es war der „harte Kern“ der verfolgten Partei, der die Akteure des Wahlkampfes zu stellen hatte. Der aus Berlin ausgewiesene Bittner war in Dresden untergekommen, seine zahlreiche Familie in Berlin hinterlassend. Er wurde von der Polizei gestellt, als er Stimmzettel in Dörfern des Radeberger Raums verbreitete, und nahm sich im Gefängnis das Leben.

Es ist geradezu mit Händen greifbar, wie die dennoch in der Hauptwahl erreichten Wahlergebnisse Anhänger und Sympathisanten der Sozialdemokratie geradezu elektrisierten. Wo es zu Stichwahlen kam, stand nunmehr – 14 Tage später – nicht mehr nur der „harte Kern“ der Partei im Vordergrund, sondern viele Helfer teilten öffentlich vor den Wahllokalen sozialdemokratische Stimmzettel aus. Die Wahlen vom Oktober 1881 trugen wesentlich dazu bei, daß der Bann des Sozialistengesetzes gebrochen wurde. Von den 23 sächsischen Wahlkreisen hatten zwei keinerlei sozialdemokratische Stimmen aufzuweisen, weitere drei lagen unter fünf Prozent, drei weitere zwischen zehn und 20 Prozent. In 15 Wahlkreisen aber erreichten sozialdemokratische Kandidaten mehr – und meist bedeutend mehr – als 20 Prozent der Stimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von rund 52 Prozent mußte die Sozialdemokratie in Sachsen mit 28 Prozent aller Stimmen zwar – vorübergehend – ihre Position als wählerstärkste Partei den Konservativen überlassen, blieb aber zumindest auf dem zweiten Rang.

Sachsen konnte rund 28 Prozent aller sozialdemokratischen Stimmen im Deutschen Reich einbringen und vier der insgesamt zwölf Reichstagsmandate stellen.

Für die sozialistengesetzlich verfolgte Partei war die Wahlbewegung, so sehr sie auch durch Repressalien aller Art eingeschnürt war, ein wesentliches Feld legaler Wirksamkeit und von kaum zu unterschätzender Bedeutung für die Aktivierung der Gesamtmitgliedschaft.

VIII. *Sturm auf die II. Kammer des sächsischen Landtages*

In diesem Zusammenhang engagierte sich die Sozialdemokratie nunmehr auch bei den Wahlen zur II. Kammer des sächsischen Landtages. Im Unterschied zum Reichstagswahlrecht galt hier nach dem neuen Wahlgesetz vom 3. Dezember 1868 ein Zensuswahlrecht (1 Tlr. direkte Staatssteuern oder Eigentum eines bewohnten Grundstückes), was die Hälfte der Reichstagswähler vom Stimmrecht ausschloß. Das passive Wahlrecht war an einen hohen 30-Mark-Zensus direkter Staatssteuern gekoppelt. Zudem waren die Wahlkreise in 35 städtische und 45 ländliche geteilt, die überdies – nach einem Losentscheid – jeweils nur zu einem unzusammenhängenden Drittel alle zwei Jahre zur Wahlurne gerufen wurden. Eine wirkliche Wahlbewegung, wie sie sich bei der flächendeckenden Wahl aller Reichstagsabgeordneten zu einem einzigen Wahltermin entwickelte, konnte so nicht aufkommen. Deshalb hatte die Sozialdemokratie, die sich 1868 mit bürgerlich-demokratischen Kräften in einer Versammlungs- und Petitionskampagne für ein demokratisches Wahlrecht engagiert hatte, anfangs eine Wahlbeteiligung abgelehnt, wengleich sich ab und an dennoch einzelne Sozialdemokraten zur Wahl stellten.¹⁰² Nach einer Steuerreform, durch die die Einkommenssteuer eingeführt wurde, verschoben sich jedoch die Voraussetzungen der Wahlberechtigung. Im Herbst 1877 konnte die Sozialdemokratie in acht Wahlkreisen bereits mit 4.078 Stimmen fast zwölf Prozent der Wähler gewinnen. Wenn die Sozialdemokratie am 9. September 1879 – knapp ein Jahr nach Erlass des Sozialistengesetzes – in 19 von insgesamt 32 Wahlkreisen Stimmen aufweisen konnte, war dies Ausdruck dafür, daß die Partei gewillt war, zäh jede legale Möglichkeit wahrzunehmen, so sehr dies auch durch Repressalien aller Art beeinträchtigt wurde. In zwölf Wahlkreisen errang sie beträchtliche Stimmenanteile. Julius Vahlteich, dem offenbar eine Schlüsselrolle in der II. Kammer zgedacht war, erlangte knapp 18 (31.

¹⁰² Es blieb zunächst eine Ausnahme, wenn der Leipziger Rechtsanwalt Emil Otto Freytag bei der Landtagswahl vom 2. 10. 1871 im 16. städtischen Wahlkreis (Crimmitschau und Werdau) ernsthaft in den Wahlkampf eingriff. Gegen den liberalen Textilindustriellen Hermann Kürzel, der mit 567 von 778 Stimmen das Mandat gewann, erzielte der Sozialdemokrat mit 208 Stimmen einen Achtungserfolg.

ländlicher Kreis-Gerichtsamsbezirk Limbach und 22. städtischer Wahlkreis – u.a. Treuen, Netzschkau) und fast 42 Prozent (Stadt Chemnitz, 30. ländlicher Wahlkreis-Gerichtsamsbezirk Chemnitz) der Stimmen.¹⁰³ Die Wahl Vahlteichs wurde durch eine aufsehenerregende Polizeiaktion verhindert, die über die Repressalien, die ansonsten gang und gäbe waren, herausragte: Drei Tage vor dem Wahltermin wurde das gesamte Wahlkomitee mitsamt einigen Helfern verhaftet und, mit einem Strick umwunden, zur Polizeistation geschleppt, überdies wurden die Flugblätter und Stimmzettel beschlagnahmt. Vahlteich selbst wurde erst nach der Wahl wieder freigelassen.¹⁰⁴ 1877 zog mit Otto Emil Freytag (36. ländlicher Wahlkreis-Gerichtsamsbezirk Stollberg) der erste sozialdemokratische Abgeordnete in das Dresdner Ständehaus ein,¹⁰⁵ 1879 folgten in einer Überraschungsaktion Wilhelm Liebknecht im 24. ländlichen Wahlkreis (Gerichtsamsbezirk Leipzig II)¹⁰⁶

¹⁰³ Im Unterschied zum Reichstagswahlrecht, wo eine absolute Majorität zum Mandatsgewinn erforderlich war, reichte bei den sächsischen Landtagswahlen die relative Mehrheit aus, sofern sie über ein Drittel der Wähler umfaßte.

¹⁰⁴ Aus Besorgnis, im Reichstag bloßgestellt zu werden, wurde der verantwortliche Chemnitzer Polizeidirektor Siebdrat zur Stellungnahme veranlaßt. Er führte die weit ins liberale Lager reichenden Proteste zynisch darauf zurück, „daß die Herren Sozialdemokraten, wenn gegen sie eingeschritten wird, immer ganz besondere Rücksichten beanspruchen und sich darüber beklagen, daß sie ebenso wie andere Leute behandelt werden“. Siebdrat an den Oberbürgermeister von Chemnitz, Andrä, 4. 3. 1880, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (= SHSA), Ministerium des Innern, Nr. 5344, Bl. 371.

¹⁰⁵ Ursprünglich war in diesem Wahlkreis, der durch das Lugau-Ölsnitzer Steinkohlenrevier geprägt wurde, bei einer Wahlbeteiligung von 31,7 % Wilhelm Liebknecht mit 606 von 1.349 abgegebenen Stimmen gewählt worden, der von der Rivalität zwischen dem konservativen Gerichtsamtman Zumpe (454 Stimmen) und dem liberalen Maurermeister Karl Uhlmann (282 Stimmen), beide aus Stollberg, profitierte. Die Wahl wurde ungültig erklärt, da Liebknecht noch nicht drei Jahre die sächsische Staatsbürgerschaft besaß. Bei der Wiederholungswahl sprang die Wahlbeteiligung auf 45,3 % – Ausdruck des intensivierten Wahlkampfes. Von 1.930 abgegebenen Stimmen erlangte der Sozialdemokrat Freytag mit 897 Stimmen das Mandat, während der Stollberger Gerichtsamtman Zumpe 528 und der liberale Guts- und Ziegeleibesitzer Voitell aus Oelsnitz 491 Stimmen erhielten. SHSA Dresden, MdI, Nr. 5333, Bl. 207 und 267.

¹⁰⁶ Bei einer Wahlbeteiligung von rund 30 % erhielten von 1994 abgegebenen Stimmen Wilhelm Liebknecht 943 (47,3%), der nationalliberale Eisengießereibesitzer Ludwig Jerrmann 706 (35,4%) und der konservative Regierungsrat in der Kreishauptmannschaft Leipzig Max Wittgenstein 333 (16,7%) Stimmen. Wittgenstein rechtfertigte sich gegenüber dem sächsischen Innenminister mit dem Eingeständnis: „Bestimmte Anzeichen dafür, daß Liebknecht aufgestellt werden würde, konnten erst am 7., also erst zwei Tage

und der Rechtsanwalt Ludwig Emil Puttrich (40. ländlicher Wahlkreis-Gerichtsamtsbezirk Zwickau).¹⁰⁷ Für den Start des illegalen „Socialdemokrat“ war dies ein Auftakt nach Maß: Die Probenummer würdigte „Die Bedeutung der sächsischen Landtagswahlen“.¹⁰⁸ Mit Liebknecht wurde erstmals ein führender Repräsentant der deutschen Sozialdemokratie Mitglied der II. sächsischen Kammer. Der mit der Mandatsannahme verbundene Verfassungseid spielte eine wesentliche Rolle¹⁰⁹ bei der prinzipiellen Auseinandersetzung um die Strategie und Taktik der Partei, die in der ersten Phase des Sozialistengesetzes vehement ausgefochten wurde und in der sich die Führungsgruppe um Bebel und Liebknecht sowohl gegen reformistische Bestrebungen als auch gegen scheinradikale Konzepte, die die sich auf anarchistische Positionen zubewegenden Johann Most und Wilhelm Hasselmann personifizierten, durchzusetzen hatte.

Als im Herbst 1881 – ein Vierteljahr nach Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes“ über Leipzig und Umgebung – auch noch August Bebel im 23. ländlichen Wahlkreis (Gerichtsamtsbezirk Leipzig I) siegte,¹¹⁰ war nicht nur die Sozialdemokratie schlechthin in der II. Kammer des sächsischen

vor der Wahl constatirt werden. Zu dieser vorgerückten Zeit war ein Compromiß mit der Nationalliberalen Parthei nicht mehr möglich.“ SHSA Dresden, MdI, Nr. 5334, Bl. 153, Max Wittgenstein an v. Nostitz-Wallwitz, 14. 9. 1879.

¹⁰⁷ Puttrich, der durch sein Engagement für die Bergarbeiterbewegung bekannt war, konnte bei einer Wahlbeteiligung von knapp 28 % mit 800 Stimmen (49,7 %) knapp seinen konservativen Gegner Rittergutsbesitzer Mühlmann (790 Stimmen) schlagen.

¹⁰⁸ Der Sozialdemokrat, vom 28. 9. 1879.

¹⁰⁹ Dokumentiert in: Götz Langkau (Hg.), Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten, Bd. II: 1878-1884, Frankfurt/New York 1988, S. 823 ff. Der umstrittene Eid jedes sächsischen Landtagsabgeordneten lautete: „Ich schwöre zu Gott etc. die Staatsverfassung treu zu bewahren und in der Ständeversammlung das unzertrennliche Wohl des Königs und Vaterlands nach meinem besten Wissen und Gewissen bei meinen Anträgen und Abstimmungen allenthalben zu beobachten. So wahr mir Gott helfe etc.“ Verfassungsurkunde für das Königreich Sachsen Sachsen vom 4. 9. 1831, § 82, zit. nach Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1961, S. 236.

¹¹⁰ Der Wahlkreis umfaßte 23 Landgemeinden im südöstlichen „Kragenkreis“ Leipzigs mit 7.234 Stimmberechtigten. Bei einer Wahlbeteiligung von rund 31% schlug Bebel mit 1.258 Stimmen (55,8%) den von der Fortschrittspartei nominierten bisherigen Abgeordneten Dr. Karl Heine, der 981 Stimmen (43,5%) erhielt. SHSA Dresden, MdI, Nr. 5335, Bl. 260 ff.

Landtags als neues Element vertreten, sondern es waren ihre führenden Köpfe, die eine neue Position erobert hatten und, indem sie des Volkes Stimme Gehör verschafften, neue Maßstäbe im Dresdner „Ständehaus“ setzten. In der von Bebel sarkastisch charakterisierten Abgeordnetenversammlung entwickelten sie eine auf wachsender Massenbasis gegründete und mehrschichtig angelegte Oppositionspolitik, die von gesellschaftlichen Alternativpositionen aus eine schroffe Konfrontation verfolgte, schonungslos Diskrepanzen zwischen der konservativen Regierungspolitik und den gesamtgesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Entwicklungserfordernissen Sachsens aufriß und eine auf genauer Kenntnis beruhende, „positive Parlamentspolitik“ mit einer ganzen Skala konstruktiver Vorschläge zu den noch im Verantwortungsbereich der Landespolitik verbliebenen Bereichen – etwa zur Bergbaugesetzgebung, der Schulpolitik, dem Eisenbahnwesen oder der Demokratisierung der Gemeindeverhältnisse – einschloß, denen sich indessen die Konservativen wie die Liberalen versagten. Neu war auch die direkte Verbindung der parlamentarischen Arbeit mit der Wählerbasis, die die sozialdemokratischen Abgeordneten – ihre Zahl wuchs bis 1893 auf 14 an – auch zu modern anmutenden Enqueten, etwa zum Gemeindewahlrecht, nutzten.

Dieses Eingreifen in den „gemütlichen“ sächsischen Landtag gab ein Vorbild, das Schule machte. Ausgegrenzt und verfolgt, gewann die Sozialdemokratie dennoch mit dem Fußfassen im Landesparlament neben dem Reichsparlament ein „zweites Standbein“, das sukzessiv einen Unterbau durch das Eindringen in die Wahlkörperschaften von Gemeinden und städtische Kommunen erhielt. Sie griff damit nachdrücklich in die Landespolitik ein.¹¹¹

¹¹¹ Simone Lässig, Wahlrechtskampf und Wahlrechtsreform in Sachsen (1895-1909), Weimar u.a. 1996, S. 33 ff.; leider als Forschungsarbeit enttäuschend: Christoph Goldt, Parlamentarismus im Königreich Sachsen. Zur Geschichte des Sächsischen Landtages 1871-1918, Münster 1996; James Retallack, Antisocialism and Electoral Politics in Regional Perspective: The Kingdom of Saxony, in: Larry Eugene Jones/James Retallack (Hg.), Elections, Mass Politics and Social Change in Modern Germany. New Perspectives, Cambridge 1992, S. 49 ff.; Wolfgang Schröder, Wahlrecht und Wahlen im Königreich Sachsen 1866-1896, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik, Düsseldorf 1997, S. 79 ff.

So bedeutsam dies für die Position der Sozialdemokratie in Sachsen sein mochte, die Wahlen zum Dresdner „Froschteich“ blieben hauptsächlich ein innersächsisches Ereignis. Die Reichstagswahlen von 1881 aber, die einen neuen Aufschwung der Sozialdemokratie trotz des Sozialistengesetzes einleiteten, fanden internationale Aufmerksamkeit. Friedrich Engels begrüßte das ihn überraschende Resultat der Reichstagswahl von 1881 begeistert: „So famos hat sich noch kein Proletariat benommen. In England, nach dem letzten großen Mißerfolg von 1848, verfallen in Apathie, und zuletzt Ergebung in die bürgerliche Ausbeutung unter Vorbehalt des Einzelkampfes der Trade-Unions für höheren Lohn. In Frankreich, Verschwinden des Proletariats von der Bühne nach dem 2. Dez. In Deutschland, nach 3 Jahren unerhörter Verfolgung ... stehn unsre Jungens nicht nur in alter Kraft da, sondern verstärkt. Und verstärkt gerade in einem Hauptumstand: der Schwerpunkt der Bewegung ist verlegt aus den sächsischen halbländlichen Distrikten in die *industriellen großen Städten* ... Berlin, Hamburg, Breslau, Leipzig, Dresden, Mainz, Offenbach, Barmen, Elberfeld, Solingen, Nürnberg, Frankfurt a. M., Hanau, *neben* Chemnitz und den erzgebirgischen Distrikten, das gibt einen ganz anderen Halt. Die ihrer ökonomischen Lage nach revolutionäre Klasse ist Kern der Bewegung geworden. Daneben ist die Bewegung gleichmäßig über den ganzen industriellen Teil von Deutschland verbreitet, aus einer auf ein paar lokale Zentren beschränkte, eine *nationale erst jetzt geworden*. Und das schreckt den Bürger am meisten.“¹¹²

Lassen wir dahingestellt sein, inwieweit Engels aus der Londoner Perspektive Chemnitz, das „sächsische Manchester“, und das Industriegebiet des Erzgebirgsvorlands mit seinen rauchenden Schloten in nahezu jedem der Industriedörfer verniedlicht sah. Er charakterisierte eine historische Tatsache: Die deutsche Sozialdemokratie hatte die Existenzkrise, in die sie das Sozialistengesetz gestürzt hatte, meistern können. Und es waren die Reichstagswahlen von 1881, die den Durchbruch durch das System des Sozialistengesetzes dokumentierten. Der Weg zur sozialistischen Massenpartei war aufgebrochen. Den inneren Faktor macht wohl am deutlichsten ein gewiß

¹¹² Friedrich Engels an Eduard Bernstein, 30. 11. 1881, in: MEW, Bd. 35, S. 237.

von Max Kegel stammendes Gedicht „Auf, zum Wahlkampf!“ aus dem Sommer 1878:

„Auf! Muthig in den Kampf getreten
Für die Idee, die uns beseelt,
Sie macht uns Alle zum ‘Propheten’,
Wenn auch der Rede Kunst noch fehlt!
Da muß ein Feuer uns entflammen,
Da dünkt sich Keiner schwach und klein;
Ein gleich Gefühl führt uns zusammen,
Und Jeder muß ein Kämpfer sein.

...

Ist die Idee einmal geboren,
Ist sie unsterblich immerdar;
Und was die finstren Mächt’ erkoren,
Es fällt vor ihr, die ewig wahr!
Drum mutig in den Kampf getreten
Für die Idee, die uns beseelt ...“¹¹³

Überblickt man das Wechselverhältnis von Sozialdemokratie und Wahlen im Jahrzehnt von 1866/67 bis 1877/78, so lassen sich an Hand der sächsischen Entwicklung¹¹⁴ als wesentliche Resultate thesenartig konstatieren:¹¹⁵

1. Die Sozialdemokratie machte das Reichstagswahlrecht, das von oben herab gewährt worden war, „von unten auf“ zum effektiven Volksrecht, es wurde als „eins der wichtigsten Staatsbürgerrechte“, wie es in einem Wahlplakat hieß,¹¹⁶ angesehen und zunehmend wahrgenommen. Die Stimme des „gemeinen Mannes“ fiel der Sozialdemokratie jedoch nicht automatisch zu. Diese trat vielmehr aus einer Minoritätsposition in die Wahlkämpfe ein und

¹¹³ Der Nußknacker, Sonntags-Beilage zur „Chemnitzer Freien Presse“, Nr. 23 vom 16. 6. 1878, Hervorh. im Original

¹¹⁴ Karsten Rudolph, Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871-1923, Weimar u.a. 1995, S. 34 ff.

¹¹⁵ Wolfgang Schröder, „...zu Grunde richten wird man uns nicht mehr“. Sozialdemokratie und Wahlen im Königreich Sachsen 1867-1877, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (1991) H. 4, S. 3 ff.

¹¹⁶ Der Volksstaat, Nr. 15 vom 18. 2. 1871.

hatte den Anspruch und ihre gesellschaftliche Funktion, Interessenvertreterin des werktätigen Volkes zu sein, in der Praxis zu beweisen.

2. Die Anforderungen, die mit der gesamten Wahlagitation verbunden waren, prägten wesentlich die Entwicklung des sozialdemokratischen Organisationsgefüges. Von der Aufstellung der Kandidaten bis hin zur (nach und nach) flächendeckenden Verbreitung der Flugblätter und Stimmzettel waren ein Netz von lokalen Basisorganisationen, eine große Zahl von einsatzbereiten – und mutigen – Akteuren, Versammlungskampagnen, eine Verflechtung von örtlichen Stützpunkten und überlokalen Organisationszentren notwendig, was – insbesondere angesichts der Periodizität der Wahlen – unausweichlich nicht nur zur Ausbreitung und Kräftigung des Organisationsgeflechts führte, sondern zugleich zwingend auch die Überwindung der Selbstbegnügbarkeit der oft kleinen Lokalvereine verlangte. Um eine wirkliche Wahlagitation in Gang zu setzen, war eine andere Denkungsart der Arbeiterfunktionäre vor Ort insofern erforderlich, als sie aus der engeren, ihnen vertrauten sozialen Gemeinschaft (z. B. des oft berufsbezogenen Stammtisches) herauszutreten, Kontakte mit anderen Berufsgruppen und Abseitsstehenden zu knüpfen, Verbindungen mit anderen Orten des Wahlkreises herzustellen hatten. Die Wahlbewegung hatte die Tendenz, soziale Grenzen und örtliche Schranken der Arbeitervereine zu sprengen. Die organisatorische Struktur des Parteaufbaus glich sich allmählich der Gliederung der Reichstagswahlkreise an, die keineswegs identisch war mit dem administrativen Gerüst (Amts- und Kreishauptmannschaften) des sächsischen Königreiches.

3. Die Arbeiterbewegung hatte insgesamt gemeinsame Wurzeln und Ansatzpunkte, die sich sozial aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit ergaben und politisch aus dem Gegensatz zum antidemokratischen Obrigkeitsstaat erwachsen. In dieser Gemeinsamkeit artikulierten sich die unterschiedlichsten Interessen z. B. in Unterstützungskassen, beruflichen Gewerkschaftszusammenschlüssen, Kultur-, Bildungs- oder Sportvereinen, die in ihrer spezifischen Zweckbestimmung erhebliche zentrifugale Tendenzen in sich bargen. Der Spannungsbogen reichte von Divergenzen innerhalb einer einzigen Berufsgruppe (zwischen Regionen, Großstädten – Kleinstädten usw.,

lokalen und zentralen Organisationen, gelernten und ungelernten Arbeitern) bis zu brisanten Problembereichen zwischen sozialer und politischer Bewegung. Wenn die „Eisenacher“ Partei diese objektiv bestehenden inneren Konfliktzonen durch eine flexible Struktur (nicht „allgemeiner deutscher Arbeiterverein“, der „Nebenorganisationen“ zumindest dem Anspruch nach ausschloß, sondern sozialistische Partei und in ihrem Einflußbereich, aber außerhalb ihrer engeren Organisation selbständige Arbeiterorganisationen für die vielgefächerten Arbeiterinteressen) zu minimieren und sie unter ihrer Führung in die sozialistisch orientierte Gesamtkonzeption zu integrieren vermochte, so trugen dazu auch die Wahlkämpfe wesentlich bei: Hier dominierte der personifizierte Gegensatz zu den Vertretern der herrschenden Klassen, die eigenständigen Interessen und Wünsche konzentrierten sich auf den Arbeiterkandidaten. In der politischen Hochspannung, die die Wahlkämpfe und der Wahlakt selbst darstellten, traten die divergierenden spezifischen Anliegen und damit zentrifugale Tendenzen weit zurück hinter dem gemeinsamen, politisch bestimmten Zweck. Die Wahlkämpfe stärkten die Dominanz der politischen Bewegung gegenüber den Sonderinteressen, die innerhalb der Arbeiterbewegung naturgemäß vorhanden waren.

4. Die eigenständige Beteiligung vor allem an den Reichstagswahlen und ihr Erfolg bewirkten nicht nur eine Mobilisierung des weit über die Mitgliedschaften hinausreichenden potentiellen Reservoirs der Arbeiterpartei für den Gang zur Urne – Indiz ist das mit dem Eingreifen der Sozialdemokratie überall zu konstatierende Anschwellen der Wahlbeteiligung namentlich in den Großstädten –, sondern insbesondere eine beachtliche Politisierung breiter Schichten. Damit erhöhte sich die Resonanz der von der Sozialdemokratie vertretenen politischen und gesellschaftlichen Grundpositionen, was die Unterschiede und Gegensätzlichkeiten zu den bürgerlichen Parteien sichtbarer werden ließ.¹¹⁷ Dies wurde insbesondere auch dadurch gefördert, daß die Reichstagswahlen als Personenwahlen durchgeführt wurden, politische Standpunkte und Programme also personifiziert waren. Der intensive Wahlkampf, den sozialdemokratische Kandidaten „vor Ort“ führten – von

¹¹⁷ Vgl. Bebel, Die parlamentarische Tätigkeit.

vorbereitenden Besprechungen im internen Kreis über Wahlversammlungen in einer Vielzahl von Orten des jeweiligen Wahlkreises bis hin zu periodischen Rechenschaftsablegungen über die Abgeordnetentätigkeit und Verpflichtung der Wahlkreise zur pekuniären Unterstützung ihres jeweiligen Abgeordneten infolge der Diätenlosigkeit –, schuf eine enge, auch persönliche Verbindung mit örtlichen Parteimitgliedern oder Sympathisanten. Der sozialdemokratische Kandidat war keine „unnahbare Größe“, sondern „einer von uns“, dessen Autorität durch persönliche Integrität, Identifizierung mit den Volksinteressen, aufopferungsvolles Engagement und intellektuelles Format erwuchs. Umgekehrt trug die Leistung, die namentlich Bebel und Liebknecht im Parlament vollbrachten, wesentlich zu ihrer Popularität und ihrem Aufstieg als Arbeiterführer von nationalem und internationalem Rang bei.

5. Auch wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten seinerzeit nur eine verschwindende Minderheit im Reichsparlament bildeten¹¹⁸ und daher auf absehbare Zeit kaum Einfluß auf Parlamentsentscheidungen auszuüben vermochten, wuchsen sie – und mit ihnen die gesamte Partei – in eine neuartige Situation hinein. Sie konnten sich nicht mehr auf die bloße Proklamation fernliegender Ziele beschränken; die sozialdemokratische Wählerschaft erwartete vielmehr die aktive Verfechtung ihrer unmittelbaren Interessen. Dieses Spannungsfeld läßt die Tagesordnung des Dresdner SDAP-Kongresses vom August 1871 ersehen: Dem Bekenntnis zur Pariser Kommune standen die Behandlung des Haftpflichtgesetzes, des Normalarbeitstages und des Wahlrechts zu den Landesparlamenten sowie Kommunen zur Seite – Indizien dafür, daß sich die Partei auf die neue Situation einzustellen begann, die mit der Gründung des Nationalstaates (wenn auch in Gestalt des junkerlich-bourgeois Kaiserreiches) entstanden waren.

¹¹⁸ Die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten belief sich 1874 auf neun (sechs SDAP, drei ADAV), 1877 auf zwölf, 1878 auf neun, 1881 auf zwölf unter 397 Reichstagsmitgliedern. 1884 wurde erstmalig mit 24 Mandaten der Fraktionsstatus (mindestens 15 Abgeordnete) erreicht.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte in der gesellschaftlichen Praxis einen Weg gefunden, der mit dem Parteibildungsprozeß eine Variante der effektivsten Form der Kräftekonzentration mit der Wahrnehmung der – aufsehen-erregenden – legalen Möglichkeiten verband. „Was auch immer die Zukunft uns bringen mag, wir sind darauf gefaßt“, schrieb der „Volksstaat“ in einem Kommentar zur Reichstagswahl von 1874 selbstbewußt, „zu Grunde richten wird man uns nicht mehr; die Kräfte, auf welche wir uns stützen, haben sich so entwickelt, daß sie nicht mehr vernichtet werden können.“¹¹⁹

Wie in anderen Bereichen – etwa der Stellung zur Gewerkschaftsbewegung – auch, entwickelte sich die vielbeschworene „revolutionäre Parlamentstaktik“ nicht konfliktlos, sondern in immer wiederkehrenden, im produktiven Fall das weite Spannungsfeld markierenden Auseinandersetzungen und natürlich auf Grund praktischer Erfahrungen der Abgeordnetenarbeit selbst. Das war ein schöpferischer Vorstoß ins Neuland. Mit den Vertretern der Sozialdemokratie brach sich ein nach Herkunft und Mandat neuer Typ von Abgeordneten Bahn; die überkommene „politische Klasse“ war nicht mehr unter sich.¹²⁰

Historisch gesehen, waren die Wahlerfolge der deutschen Sozialdemokratie im internationalen Maßstab ein grundlegender und beispielgebender Durchbruch, wie die deutsche Form des Parteibildungsprozesses überhaupt. Mit Recht mahnte die sächsische Landesversammlung Ende Januar 1871, daß die Wiederwahl von Bebel und Liebknecht „allseitig im Interesse nicht nur der sächsischen oder deutschen, sondern der europäischen Demokratie liegend angesehen“ werden müsse¹²¹. Ein Vierteljahrhundert später – die deutsche Sozialdemokratie gewann bei den Reichstagswahlen vom 15. Juni 1893 2.787 Mio. Stimmen (22,3 Prozent) und 44 Mandate – spornte Friedrich Engels Jules Guesde an: „Diesmal muß es uns gelingen, eine kleine, feste Gruppe ins Palais Bourbon zu bringen, die ein für allemal und eindeutig den

¹¹⁹ Der Volksstaat, Nr. 17 vom 11. 2. 1874.

¹²⁰ Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995, bes. S. 59 ff.

¹²¹ Der Volksstaat, Nr. 11 vom 4. 2. 1871.

Charakter des französischen Sozialismus manifestiert, so daß alle verstreuten Elemente gezwungen wären, sich um sie zusammenzuschließen. Erst dann werden die französischen Sozialisten in der ganzen Welt wieder den ihnen gebührenden Rang und die wichtigee Stellung einnehmen, die sie im allgemeinen Interesse haben müssen.“¹²² Und seinem Freund Ludwig Schorlemmer berichtete er stolz: „Ostern ... waren zum ersten Mal ein deutscher Reichstagsmann (Bebel), ein französischer Deputierter (Lafargue) und ein englisches Parlamentsmitglied (Burns) – alle drei Sozialisten – bei mir zusammen.“ Er fügte hinzu: „Auch ein Markstein der Weltgeschichte“.¹²³

IX. Wirtschafts- und Sozialstruktur des Königreichs Sachsen

Selbsttätige in Sachsen 1849, 1861 und 1871 (ohne Angehörige):¹²⁴

	1849	%	1861	%	1871	%
Land und Forst	239935	25,6	236022	20,9	248855	19,4
Bergbau, Hütten, Industrie, Bau	397103	42,4	544808	48,3	635976	49,5
Handel u. Verkehr	41921	4,5	65817	5,8	114525	8,9
PsI. Dienste, Tagelöhner etc.	147583	15,8	173260	15,6	129832	10,1
Militär	14714	1,6	8695	0,8	21183	1,7
Übrige Berufe	28377	3,0	35787	3,2	51932	4,0
Ohne Berufsangaben	66280	7,1	64597	5,2	83877	6,5
Zusammen	935913		1128986		1286180	

¹²² Friedrich Engels an Jules Guesde, 14. 4. 1893, in: MEW, Bd. 39, S. 65.

¹²³ Friedrich Engels an Ludwig Schorlemmer, 29. 4. 1893, in: ebd., S. 70.

¹²⁴ Zeitschrift des Kgl. Statistischen Büros, XXI. Jg. 1875, S. 47 f. Die Zahlen umfassen sowohl die in Besitz, Beruf und Erwerb Selbständigen als auch die Selbsttätigen Gehilfen und Arbeiter.

Industriezweigstrukturen 1875:¹²⁴

Betriebe beschäftigen	bis 5 ¹²⁵	6-10	11-50	51- 200	201- 1000	über 1000
IX. Textilindustrie	81518	537	942	300	71	1
XIII. Bekleidung/Reinigung	42011	345	281	24	1	-
XVII. Handelsgewerbe	33268	386	347	18	2	-
XII. Nahrung/Genußmittel	14649	305	377	79	6	-
XI. Holz- und Schnitzstoffe	4032	132	210	48	8	-
III. Bergbau, Hütten, Salinen	85	34	121	56	37	5
XIV. Baugewerbe	5502	258	448	68	11	-
VI. Maschinen, Werkzeuge	6003	127	253	60	12	1
V. Metallverarbeitung	8818	232	197	35	3	-
IV. Steine und Erden	1971	284	396	43	5	-
X. Papier- und Lederindustrie	4032	132	210	48	8	-

Beschäftigte in Industriezweigen 1. 12. 1875:¹²⁶

Gewerbegruppe	Haupt- betriebe	Beschäftigte	Prozent	davon weibl.
IX. Textilindustrie	83367	203780	32,36	65143
XIII. Bekleidung/Reinigung	42662	73544	11,68	23674
XVII. Handelsgewerbe	34021	56781	9,02	13111
XII. Nahrung/Genußmittel	15416	49147	7,81	8087
XI. Holz- und Schnitzstoffe	15123	35401	5,7	35873
III. Bergbau, Hütten, Salinen	338	32008	5,08	777
XIV. Baugewerbe	6287	30644	4,87	453
VI. Maschinen, Werkzeuge ...	6456	29533	4,69	648
V. Metallverarbeitung	9285	28881	4,59	624
IV. Steine und Erden	2699	21720	3,45	1536
X. Papier- und Lederindustrie	4430	21555	3,42	4733
XIX. Beherbergung/Erquickung	10097	18018	2,86	5465

¹²⁴ Zeitschrift des Kgl. Statistischen Büros, XXI. Jg. 1875, S. 180 f.

¹²⁵ Bei den Kleinbetrieben sind nur Hauptbetriebe, nicht aber die rund 6,5 % ausmachenden Nebenbetriebe erfaßt.

¹²⁶ Zeitschrift des Kgl. Statistischen Büros, XXI. Jg. 1875, S. 180 f.

Sozialdemokratische Stimmen bei Reichstagswahlen 1871 – 1881:

(Hauptwahlen, ohne Nachwahlen; Prozent der abgegebenen Stimmen. Fett markiert: Mandatsgewinn; *Quelle*: Zeitschrift des K. Sächs. Landesamtes, 54. Jg. 1908, S. 171 ff.)

Wahlkreise	3. 3. 1871	%	10. 1. 1874	%	10. 1. 1877	%	30. 7. 1878	%	27. 10. 1881	%
I. Zittau	826	9,5	1518	15,3	1202	8,6	1921	24,2	2475	20,3
II. Löbau							50	0,5		
III. Kamenz			984	6,8	1467	11,9	864	7,3	266	1,7
IV. Dresden	1132	16,7	3632	35,6	5411	42,9	7433	47,2	6231	39,2
V. Dresden	1317	15,1	3582	30,5	6940	39,7	9879	43,4	9079	38,8
VI. Dippoldisw.	748	9,6	3743	34,6	3880	33	5007	37,7	3789	29,1
VII. Meißen			1957	22,2	5241	37,1	4008	31,4	2677	25,7
VIII. Pirna	157	2,3	1596	16,8	715	6,8	694	7,8	562	4,8
IX. Freiberg			5942	50,2	5157	36,1	6127	42,2	4890	39,9
X. Döbeln	1230	10,8	3300	28,7	4504	30,3	5028	43,4	342	2,9
XI. Oschatz	38	0,5	845	10,7	3395	29,6	1542	13,4	821	10
XII. Leipzig-Stadt	2477	25,1	3651	27,9	5250	29,2	5822	28,7	6482	28,7
XIII. Leipzig-Land	2913	32,3	4627	38,6	9420	50,2	11253	45,4	10503	48
XIV. Borna	823	9,5	3844	33,7	3868	29,4	4954	35,5	1083	10
XV. Mittweida	3224	32,7	7180	51	7328	43,9	6018	41,2	4283	34,2
XVI. Chemnitz	3959	33,5	10084	56,7	12117	54,7	9899	41,6	10256	47,1
XVII. Glauchau	7344	60,5	7777	80,4	11041	63,7	11579	56,8	6692	47,2
XVIII. Zwickau	5875	49,4	8941	53,9	10971	61	10135	46,4	7327	49,7
XIX. Stollberg	3981	42,1	8141	64,2	7256	51,9	7906	52,1	4653	34,7
XX. Marienbrg	1959	18,3	1982	27,2	4928	45,9	4725	41,1	2149	24,7
XXI. Annaberg			319	7	800	9,3	2437	30,7	1072	16,2
XXII. Reichenb	3477	37	6515	48,6	8164	50,9	7011	48,9	2154	20,5
XXIII. Plauen	597	6,7	2020	19,5	4923	35,8	3747	29,8		
Summa	42077	19,7	92180	35,4	123978	37,8	128039	37,4	87786	28

3. 3. 1871	%	10. 1. 1874	%	10. 1. 1877	%	30. 7. 1878	%	27. 10. 1881	%
<i>Wahlbeteiligung</i>									
213.129	45,1	259.592	49,5	328.088	57,7	342.687	58,5	313.345	52,4
<i>Sozialdemokratische Abgeordnete</i>									
2		[7] 6		7		6		4	
Bebel		Bebel		Auer		Bracke/Auer		Geiser	
Schraps		Geib		Bebel		Bebel		Kayser	
		Liebknecht		Bracke		Kayser		Stolle	
		Most		Demmler		Liebknecht		Vollmar	
		Motteler		Liebknecht		Vahlteich			
		Vahlteich		Most		Wiemer			
		[Jacoby]		Motteler					
<i>Deutsches Reich: Sozialdemokratische Stimmen</i>									
124.655	3,2	351.952	6,8	493.288	9,1	437.158	7,6	311.961	6,1
<i>Deutsches Reich: Sozialdemokratische Abgeordnete</i>									
2		9		12		9		12	